



Die Stasi in der Friedlichen Revolution

Auszüge aus Stasi-Akten im Herbst 1989



Impressum

Herausgeber
Bundesarchiv
Stasi-Unterlagen-Archiv
Bildungsteam
10106 Berlin
E-Mail: bildung.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Stand
Berlin 2022

Layout und Umschlaggestaltung
Pralle Sonne, Mediendesign,
Berlin

Umschlagfoto
Robert-Havemann-Gesellschaft/Aram Radomski
Privatfoto einer Demonstration während der Friedlichen Revolution

Redaktion
Axel Janowitz, Hans-Peter Löhn

Nachdruck und andere Formen der Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung.
Frei für die Nutzung durch öffentliche Träger im Bereich historisch-politische Bildung

Allgemeine Hinweise und didaktische Vorbemerkungen	3
Friedliche Revolution und Staatssicherheit im Herbst 1989	4-8
Beispiele aus Stasi-Akten	
Wir bleiben hier! – Die Initiative der evangelischen Kirchen	9
Dokument 1: Schreiben der Konferenz der evangelischen Kirchen, 8.9.1989 (Kopie der Stasi)	10-11
Dokument 2: Aufruf der evangelischen Kirchen an ihre Gemeinden, 8.9.1989 (Kopie der Stasi)	12
Dokument 3: Fernschreiben des SED-Generalsekretärs an alle Bezirkssekretäre, 8.10.1989 (Auszug)	13
Arbeitsaufträge zu den Dokumenten 1-3	14
Die Montagsdemonstrationen	15
Dokument 4: Fernschreiben der Bezirksverwaltung Dresden an das MfS Berlin, 10.10.1989 (Auszug)	16-17
Dokument 5: Bericht der Stasi-Kreisdienststelle Halle an die SED-Kreisleitung, 10.10.1989	18-20
Dokument 6: Tagesbericht der Bezirksverwaltung Halle über die Ereignisse am 9. Oktober 1989 in Halle, 10.10.1989 (Auszug)	21-27
Arbeitsaufträge zu den Dokumenten 4-6	28
Zerfall der Kampfgruppen der Arbeiterklasse	29
Dokument 7: Einschätzung des MfS zur Kampfkraft und Einsatzbereitschaft der Kampfgruppen der Arbeiterklasse, 23.10.1989 (Auszug)	30-32
Arbeitsaufträge zum Dokument 7	33
Die Einschätzung des Ministers für Staatssicherheit	34
Dokument 8: Referat des Ministers für Staatssicherheit auf einer zentralen Dienstkonferenz über die Situation in der DDR, 21.10.1989 (Auszug)	35-41
Arbeitsaufträge zum Dokument 8	42
Das AfNS und die beginnende Auflösung der Stasi	43
Dokument 9: Rede des Leiters der Abteilung M auf der Dienstkonferenz der Abteilung, 9.11.1989 (Auszug)	44
Dokument 10: Erklärung des Kollegiums des MfS, 15.11.1989 (Auszug)	45-46
Dokument 11: Vermerk über ein Gespräch von Stasi-Mitarbeitern am Landestheater in Halle (Saale), 1.12.1989 (Auszug)	47-48
Dokument 12: Entwurf von Grundsätzen zur Arbeit mit IM beim AfNS, 28.11.1989	49-52
Arbeitsaufträge zu den Dokumenten 9-12	53

Die Besetzung der Stasi-Dienststellen in den Bezirken und Kreisen	54
Dokument 13: Aufruf der Bürgerbewegung vom 3.12.1989	55
Dokument 14: Telegramme vom Leiter des AfNS an alle Bezirke und Kreise, 4.12.1989 (15.30 Uhr und 16.25 Uhr), 5.12.1989	56-58
Dokument 15: Analyse des AfNS über die Zusammenarbeit mit der VP am 4. und 5. Dezember, 6.12.1989	59-61
Arbeitsaufträge zu den Dokumenten 13-15	62
Wohin mit den Akten und den entlassenen Stasi-Mitarbeitern?	63
Dokument 16: Telegramme des Ministerpräsidenten, 7. und 8.12.1989	64-65
Dokument 17: Notizen des Leiters des AfNS, 8.12.1989	66
Arbeitsaufträge zu den Dokumenten 16 und 17	67
Was wird aus den ehemaligen Stasi-Mitarbeitern?	68
Dokument 18: Bericht über die Lage im AfNS, 15.12.1989	69-70
Dokument 19: Tagesbericht aus Halle, 22.12.1989 (Auszug)	71
Arbeitsaufträge zu den Dokumenten 17 und 19	72
Abkürzungen und Erläuterungen	73-76

Allgemeine Hinweise und didaktische Vorbemerkungen

In allen Rahmenlehrplänen für Geschichte der Bundesländer sind die Ereignisse in der DDR vom Herbst 1989 unter den Schwerpunkten „Friedliche Revolution“ oder „Mauerfall“, „deutsche Einheit“ oder „Vereinigungsprozess“ zu finden. Die vorliegende Themenmappe bietet den Lehrenden Quellenmaterial und Anregungen, um die Thematik im Unterricht und in der Projektarbeit anschaulich behandeln zu können. Im Zentrum steht dabei die exemplarische Vermittlung historischer Zusammenhänge, Handlungsmotive und Abläufe des geschichtlichen Umbruchs in der ehemaligen DDR. Die Themenmappe will mit dazu beitragen, bei den Lernenden Sachkenntnisse und Urteilskompetenzen zu entwickeln, um sie zu eigenständigen Geschichtsdeutungen zu befähigen.

Schülerinnen und Schüler ab der Klassenstufe 9 können mit der Themenmappe einen Eindruck von den Ereignissen im Herbst 1989 erlangen. Sie sollen erfahren, mit welcher Hilflosigkeit die bis dahin tonangebenden SED-Funktionäre in der Krise agierten und wie sie dadurch den Unmut in der Bevölkerung noch weiter schürten. Die Lernenden können beobachten, wie die Machtinstrumente der SED samt der allmächtigen Geheimpolizei nach und nach versagten und wie diese diktatorisch regierende Partei schließlich in einer unblutigen Revolution entmachtete wurde.

Die Themenmappe beinhaltet einen Einführungstext, 19 Faksimiles von Originaldokumenten aus Stasi-Akten, darauf zugeschnittenen Aufgaben für die Schülerarbeit und

ein Verzeichnis der Abkürzungen und Erläuterungen. Der Einführungstext ermöglicht es den Schülerinnen und Schülern, ohne umfangreiche Literaturstudien die wesentlichen Zusammenhänge und Verläufe des Aufbruchs im Herbst 1989 zu erfahren. Die als Faksimile enthaltenen Dokumente besitzen unterschiedliche Schwierigkeitsgrade. Die Aufgaben haben ebenfalls unterschiedliche Niveaustufen. Umfangreichere Quellen wurden reduziert. Ein besonderer Vorzug der Themenmappe besteht darin, dass die Dokumente mit den jeweiligen Aufgaben relativ unabhängig voneinander bearbeitet werden können. Das bietet den Lehrerinnen und Lehrern die Möglichkeit, Quellen und Aufgaben den Lernenden entsprechend ihres Leistungsstandes zuzuordnen.

Die Faksimiles in der Mappe stammen aus 24 Stasi-Akten. Sie umfassen den Zeitraum von Ende August bis Ende Dezember 1989. Bei den benutzten Akten handelt es sich ausschließlich um Sachakten. Dadurch war es möglich, trotz der Komplexität der Thematik, den Umfang der Mappe in einem für den Unterricht nutzbaren Rahmen zu halten. Sachakten sind jene Akten, in denen die Stasi Tagesrapporte, Monatsberichte, Auswertungen von IM-Informationen und andere dienstliche Schriften sammelte.

Zum besseren Verständnis sind alle Dokumente mit Ziffern versehen. Die Aufgaben für die Schülerarbeit befinden sich jeweils am Ende der dazu gehörenden Dokumente.

Friedliche Revolution und Staatssicherheit im Herbst 1989

Im Herbst 1989 gelang es einer friedlichen Protestbewegung, der sich innerhalb weniger Wochen tausende DDR-Bürger anschlossen, die hochgerüstete und repressive Diktatur der allein herrschenden kommunistischen Partei, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), ohne Blutvergießen zu stürzen. Eine der Hauptstützen dieser Diktatur, das allgegenwärtige Ministerium für Staatssicherheit (MfS) wurde binnen weniger Wochen entwapfnet und zur Auflösung gezwungen.

Diese sozialistische Partei-Diktatur nach sowjetischen Vorgaben ruhte in der DDR bis dahin stabil auf drei Säulen: den Truppen der sowjetischen Besatzungsarmee, dem kontinuierlich ausgebauten Überwachungsapparat mit dem MfS und der seit 1961 abgeriegelten Grenze zur Bundesrepublik Deutschland und nach West-Berlin. Erst als zwei der drei Säulen nicht mehr funktionierten¹, ergab sich eine reale Möglichkeit, die SED-Diktatur möglichst ohne Blutvergießen zu beseitigen.

Opposition in der SED-Diktatur

Wie in jeder Diktatur waren auch in der DDR eine Opposition oder gar oppositionelle Parteien nicht vorgesehen. Laut SED-Propaganda herrschte hier die Arbeiterklasse, deren Hauptinteressen mit denen aller übrigen Bevölkerungsgruppen angeblich übereinstimmten. Daher richtete sich jegliche Opposition gegen das Volk. Solche demagogischen Erklärungen dienten als Rechtfertigung für die schonungslose Verfolgung und Unterdrückung jeder oppositionellen Regung. Selbst ein unangepasster Lebensstil galt in den Augen der SED-Oberen schon als passive Opposition. Zwar hatte sich die Mehrheit der DDR-Bürger zu keiner Zeit mit dem SED-Regime vollständig identifizieren wollen. Doch die blutige Niederschlagung des Volksaufstands vom Juni 1953 und der acht Jahre später folgende Mauerbau, die Abriegelung jeglicher Fluchtwege in den Westen, ließen die Meisten resignieren. Die Bürger versuchten sich mit den Verhältnissen zu arrangieren, zogen sich in ihre privaten Nischen zurück, oder sie versuchten, auf meist lebensgefährlichen Wegen in den Westen zu fliehen. Bis zum Ende der siebziger Jahre gab es kaum noch eine echte Opposition in der DDR. Sehr selten geschah es, dass Gruppen, zumeist Jugendliche, gegen die Verhältnisse in der DDR protestierten. Meistens waren es eher Einzelne, die sich verweigerten und dies auch kundtaten. Diese Unangepassten wurden von den SED-hörigen Medien

¹ Im Jahr 1988 befahl der damalige Staats- und Parteichef der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, seinen Truppen, sich nicht mehr in die Angelegenheiten der besetzten Staaten einzumischen. Ein Jahr später wurde die bis dahin fast undurchdringliche Grenze zwischen Ungarn und Österreich geöffnet.

diffamiert, kriminalisiert und vom Staatssicherheitsdienst gejagt.

Mit der sogenannten Friedensdiskussion² in der DDR und den ersten Montagsgebeten in den evangelischen Kirchen entstanden Anfang der achtziger Jahre zahlreiche Friedensgruppen. Etwas später bildeten sich auch Umweltgruppen. Diese noch sehr heterogenen Vereinigungen beschränkten sich weitgehend auf ihre Themenbereiche (Ökologie, Frieden, Menschenrechte, Gleichberechtigung). Die Gruppen waren vorwiegend im Umfeld der evangelischen Kirchen aktiv. Das garantierte ihnen einen gewissen Schutz vor staatlichen Repressionen, den nur die evangelische Kirche seit den siebziger Jahren gewähren konnte.³ Ein Nachteil war, dass die Gruppen gewisse Rücksichten auf die Interessen der Kirche nehmen mussten. Mitte der achtziger Jahre entstanden dann erste Ansätze einer politischen Opposition in der DDR: In einigen Gruppen wurde verstärkt über politische Alternativen diskutiert, die zum damaligen Zeitpunkt aber ausschließlich in Reformen des Sozialismus gesehen wurden. Zu einer Abstimmung der verschiedenen inhaltlichen Vorstellungen oder zu einer Vereinigung der zahlenmäßig kleinen Oppositionsgruppen kam es bis 1988/89 aber nicht. Ein wichtiger Grund dafür war die nicht unberechtigte Furcht vor dem Staatssicherheitsdienst und seinen Methoden. Aus ihr resultierten gegenseitiges Misstrauen und Argwohn gegenüber Fremden. Die Vielfalt und Zersplitterung der Opposition hatte aber auch einen nicht unbedeutenden Vorteil: sie machten es der Stasi schwer, alle Oppositionsgruppen unter Kontrolle zu halten und zu zerschlagen. Ab Februar 1988 kamen viele Ausreisewillige zur Oppositionsbewegung. Sie hofften, durch aktives Auftreten in der Opposition die Übersiedlung in die Bundesrepublik erzwingen zu können. Laut einer Zusammenstellung des MfS soll es im Mai 1989 in der DDR etwa 160 oppositionelle Zusammenschlüsse mit insgesamt 2.500 Personen und einem „harten Kern“ von einigen hundert Personen gegeben haben. Die Staatssicherheit glaubte zu diesem Zeitpunkt weiterhin, diese Gruppen lähmen oder „zersetzen“ zu können.

Bürgerbewegung und Montagsdemonstrationen

Seit Anfang 1989 wurde der Druck auf die SED-Führung aus vielen Teilen der Bevölkerung größer. Selbst etliche SED-

² Auslöser waren die erstarkende Friedensbewegung in der Bundesrepublik gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in beiden Militärblöcken sowie die Einführung des Unterrichtsfaches „Wehrunterricht“ in DDR-Schulen.

³ Im Jahr 1978 schlossen der Bund der evangelischen Kirchen in der DDR und die SED-Führung eine Vereinbarung. Laut dieses Agreements mischte sich die Kirche nicht mehr in staatliche Belange ein und erhielt dafür eine stärkere Autonomie und Schutz vor staatlicher Willkür in ihren Gebäuden. Eine indirekte Einflussnahme des Staates gab es aber auch weiterhin.

Mitglieder forderten nun, die sowjetische Reformpolitik Gorbatschows⁴ auch in der DDR zu übernehmen. Die Menschen wollten vor allem mehr Demokratie, Informations- und Reisefreiheit. Sogar in den Reihen der jüngeren Stasi-Offiziere wurden erste Zweifel an Maßnahmen der SED-Führung laut. Stasi-Minister Mielke und seine Generäle meinten, junge Stasi-Mitarbeiter, die an zivilen Universitäten studiert hatten, brächten solche falschen Einflüsse in die Geheimpolizei. Mit allen „Zweiflern“ wurden daraufhin disziplinierende Gespräche geführt.

Im Mai 1989 fanden in der DDR Kommunalwahlen statt. Dabei gelang es Oppositionsgruppen erstmals, in etlichen Wahlkreisen Manipulationen der Wahlergebnisse nachzuweisen. Weil sie aber keinen Zugang zu den Medien hatten, fanden in den folgenden Wochen an jedem 7. eines Monats in etlichen Orten kleinere Demonstrationen statt, auf denen die Wahlfälschungen der SED laut angeprangert wurden. Die Staatssicherheit ging oft mit äußerster Brutalität gegen die Demonstranten vor, verhaftete viele und verletzte dabei auch einige.

Das Fehlen jeglicher Bereitschaft zu Reformen innerhalb der SED-Führung und das brutale Vorgehen der Sicherheitsorgane führten dazu, dass im Sommer 1989 immer mehr Bürger resignierten und den einzigen Ausweg im Verlassen der DDR Richtung Westen sahen. Auch innerhalb der Oppositionsgruppen dominierte zeitweise diese Stimmung. Die Massenfluchtbewegung ab August 1989 riss auch Lücken in die Oppositionsbewegung. In den Gruppen fanden nun öfter hitzige Diskussionen zwischen Ausreisewilligen und jenen, die dableiben wollten, statt. Der Tenor dieser Streitgespräche lautete: nur wer hier bleibt, kann etwas verändern.

Angesichts dieser Entwicklungen beschloss die Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, sich in die Politik einzumischen. Sie verfasste Anfang September 1989 einen offenen Brief an SED-Generalsekretär Honecker [Dokument 1]. Darin ersuchte sie die SED-Führung, in einen offenen und ehrlichen Dialog über die Ursachen der Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung einzutreten. Die Medien sollten endlich wahrheitsgemäß über die Zustände in der DDR berichten und Kritik der Bürger nicht als feindseliger Akt abgetan werden. Der Brief wurde in allen evangelischen Kirchen verlesen. Zugleich erging ein dringender Appell an alle Gemeindemitglieder, die DDR nicht zu verlassen [Dokument 2]. Stattdessen sollte sich jeder an den notwendigen Veränderungen im Land aktiv beteiligen. Die Initiative der evangelischen Kirche fand ihren Widerhall in einem Ruf, der auf den ersten Demonstrationen im September 1989 oft zu hören war: „Wir bleiben hier!“

Der offene Brief beeinflusste auch die oppositionellen Gruppen, die zumeist noch im „Schutzraum“ der Kirchen

tätig waren. Sie beschlossen, sich noch vehementer und öffentlichkeitswirksamer für Reformen und Bürgerrechte in der DDR einzusetzen. Die Voraussetzung dafür war, sich nun zu großen, DDR-weiten Organisationen zusammenzuschließen und sich konkrete Programme zu geben. So wurde am 9./10. September in Grünheide bei Berlin das „Neue Forum“ gegründet. Es folgten die Organisationen „Demokratie jetzt“, „Demokratischer Aufbruch“ und noch weitere Vereinigungen. Auch eine neue Partei bildete sich Anfang Oktober, die Sozialdemokratische Partei in der DDR „SDP“. Innerhalb der Bevölkerung und später auch von der Presse wurden die neuen politischen Gruppierungen bald zusammenfassend als „Bürgerbewegung“ bezeichnet. Die SED-Führung sah in den neuen Organisationen nur Organe der Konterrevolution. Während der Formierungsphase begann die Bürgerbewegung auch, den Schutz der evangelischen Kirchen zu verlassen und auf die Straßen zu gehen. Am 4. September fand in Leipzig mit etwa 1.000 Teilnehmern die erste sogenannte Montagsdemonstration des Herbstes 1989 statt. Sie begann wie alle folgenden Montagsdemonstrationen am späten Nachmittag mit einem Friedensgebet in der Nikolaikirche. Diese Demonstrationen wurden zum bekanntesten Zeichen der Friedlichen Revolution in der DDR. Sie fanden bis zu den Volkskammerwahlen im März 1990 wöchentlich statt. Von Leipzig ausgehend gab es bald in immer mehr Städten der DDR vergleichbare Kundgebungen [Dokument 4]. Die SED-Führung reagierte zunächst mit offenen Repressionen [Dokument 3]. Volkspolizei und Staatssicherheit sollten die Demonstrationen mit allen Mitteln verhindern oder auflösen [Dokument 5]. Bis Mitte Oktober gingen sie mit oft großer Brutalität gegen die Demonstranten vor. Wasserwerfer, Polizeihunde und Schlagstöcke kamen zum Einsatz [Dokument 6]. In manchen Orten fanden Massenverhaftungen statt. Trotzdem ließ sich die Bewegung nicht mehr eindämmen. Immer mehr mutige Bürgerinnen und Bürger nahmen an den Kundgebungen teil. Ende September beteiligten sich in Leipzig schon 8000 an der Montagsdemonstration, am 2. Oktober waren es dann bereits 20 000.

„Keine Gewalt!“

Am 7. Oktober 1989 jährte sich die DDR-Gründung zum vierzigsten Mal. Die SED-Oberen wollten diesen, wie jeden runden „Republikgeburtstag“, aufwendig feiern. Das MfS erhielt den Befehl, die Feierlichkeiten zu schützen und „feindlich-negative Aktivitäten“ mit allen Mitteln zu unterbinden. Die Staatssicherheit begann seit Ende September massiv, führende Vertreter der Bürgerbewegung gezielt zu verunsichern. Telefonverbindungen wurden gesperrt und Wohnungen abgeriegelt. Etliche Oppositionelle wurden mehrfach zu Verhören abgeholt, einige inhaftiert und andere unter Hausarrest gestellt. Vertreter der evangelischen Kirche wurden ebenfalls unter Druck gesetzt. Sie sollten die Protestveranstaltungen in ihren Kirchen verhindern. Die bis dahin für DDR-Bürger noch durchlässigen Staatsgrenzen zu Polen

⁴ Michail Gorbatschow wollte mit „Glasnost“ (Offenheit) und „Perestroika“ (Umbau) das sozialistische System reformieren. Es sollte menschlicher und wirtschaftlich effektiver werden, erwies sich aber als nicht reformierbar.

und der Tschechoslowakei⁵ wurden geschlossen. Doch auch diese Maßnahmen zeigten nicht die gewünschte Wirkung. Die Bürgerbewegung ließ sich nicht mehr so leicht einschüchtern. Und großen Teilen der Bevölkerung war angesichts der immer weiteren Einschränkungen die Lust zum Feiern vergangen. So fand der „Republikgeburtstag“ in einer beklemmenden Atmosphäre statt. Während die SED-Funktionäre, abgeschirmt durch Polizei und Stasi, in den Festsälen der Städte die DDR-Gründung feierten, skandierten draußen hunderte Demonstranten „Wir sind das Volk!“.

In Leipzig versammelten sich am 9. Oktober schon 70.000 Teilnehmer. In Anbetracht der sich ausweitenden Demonstrationenbewegung und der wachsenden Teilnehmerzahlen spielte SED-Chef Honecker mit dem Gedanken, den Ausnahmezustand in der DDR zu verhängen [Dokument 3]. Neben Polizei und Staatssicherheit sollten auch die Kampfgruppen⁶ aus den Großbetrieben und sogar die Armee gegen das Volk in Marsch gesetzt werden. Gerüchte über extra bereitgestellte Blutkonserven für den Fall gewaltsamer Auseinandersetzungen verbreiteten sich in der Bevölkerung. Die Entwicklung war jedoch schon zu weit fortgeschritten. Der seit 1949 angewandte Kurs eines gewaltsamen Vorgehens erwies sich als nicht mehr durchführbar. Erstens bestand bei sehr großen Teilnehmerzahlen, wie in Leipzig oder Dresden, die Gefahr eines Blutbades und einer unkontrollierbaren weiteren Eskalation. Zweitens weigerten sich die aus SED-Mitgliedern bestehenden Kampfgruppen, im Straßenkampf gegen friedliche Demonstranten vorzugehen [Dokument 7]. Auch innerhalb der Armee soll es zu Verweigerungen gekommen sein, und die Generalität lehnte ein Vorgehen gegen die Bevölkerung ebenfalls ab.

Gleichzeitig wollten auch die Anführer der Bürgerbewegung und die Verantwortlichen der Kirche weitere Gewalt verhindern. Sie befürchteten, dass es sonst zu einem Blutbad wie in Peking⁷ kommen könnte. Deshalb riefen sie ihre Anhänger zur Gewaltlosigkeit auf. Sie sollten der Polizei keinen Anlass für Gewalt geben und sich selbst auch nicht provozieren lassen. Ein neuer Ruf der Demonstranten war nun bis Mitte Oktober zu hören: „Keine Gewalt!“. Darüber hinaus versuchten Bürgerrechtler und Kirchenobere, mit den führenden SED-Funktionären der Bezirke, Kreise und Städte ins Gespräch zu kommen. Diese lokalen Machthaber waren selbst von den Ereignissen beeindruckt und verunsichert. Daher erklärten sich etliche von ihnen bereit, mit den Oppositionsführern zu verhandeln. So passierte es am 9. Oktober, dass lokale SED-Funktionäre in Dresden und Leipzig erstmals

gemeinsam mit Vertretern der Kirche und der Bürgerbewegung auf den Kundgebungen sprachen. Die Sicherheitskräfte zogen sich zurück. Obwohl Polizei und Stasi in anderen Städten am 9. Oktober noch brutal gegen Demonstranten vorgingen, war die Spirale der Gewalt damit gebrochen. Auch innerhalb der SED-Führung bahnte sich ein Kurswechsel an. Sie musste jetzt friedliche Verfahren zur Konfliktlösung akzeptieren.

Dialogpolitik und „Wende“

Am 11. Oktober 1989 verkündete der oberste Führungszirkel der SED, das Politbüro, sich den Diskussionen zu stellen, und gab die Losung aus: „Dialog statt Gewalt“. Damit waren die Gespräche der SED-Funktionäre von höchster Ebene legitimiert. Von nun an sollten auch keine Polizeimaßnahmen mehr gegen die Demonstranten durchgeführt werden. Diese veränderte Strategie war im Politbüro jedoch nicht einstimmig gebilligt worden. SED-Generalsekretär Erich Honecker hatte vehement dagegen gesprochen. Daraufhin wurde er am 18. Oktober im Politbüro zum Rücktritt gezwungen und durch den jüngeren und anpassungsfähigeren Egon Krenz ersetzt. Dieser verkündete eine „Politik der Wende“ und hoffte, damit die Initiative zurückzugewinnen.

Die Staatssicherheit musste sich dem veränderten Kurs fügen. Sie sollte sich von nun an ebenfalls bei den Demonstrationen zurückhalten. Mit der Anerkennung der neuen Bürgerbewegung hatte die Mehrheit der Stasi-Mitarbeiter jedoch große Schwierigkeiten. Die Offiziere und Unteroffiziere akzeptierten zwar die Gespräche mit dialogbereiten Bürgern. Die Zulassung der neuen Gruppierungen aber lehnten sie kategorisch ab. Am 21. Oktober ging Minister Mielke in einer Rede vor leitenden Stasi-Offizieren auf die aktuelle Situation in der DDR ein [Dokument 8]. Für ihn war die Revolution eine vom Westen initiierte Maßnahme, die Bürgerbewegung eine feindliche Gruppierung und die Demonstranten nur Provokateure, Rowdies und Randalierer. Mielke war nicht mehr in der Lage, die Situation zu beurteilen. Dieses Problem war auch der neuen SED-Führung bekannt. Sie drängte Erich Mielke Anfang November zum Rücktritt. In seinem letzten Befehl vom 31. Oktober 1989 mahnte Erich Mielke, der Bürgerbewegung keine Anlässe für Eskalationen zu geben und vor allem die Dienststellen der Staatssicherheit sowie den Aktenbestand zu schützen. Dabei sollten aber keine Schusswaffen mehr zur Anwendung kommen.

Ende Oktober 1989 war die Friedliche Revolution in der DDR in vollem Gange. Die SED hatte die Initiative nicht zurückgewinnen können. Während in der ersten Monatshälfte republikweit knapp 140.000 Personen demonstriert hatten, waren es in der letzten Oktoberwoche über 500.000 Menschen. An 200 Dialogveranstaltungen hatten über 200.000 Bürgerinnen und Bürger teilgenommen. Die Bürgerbewegung war zum Sprachrohr der Mehrheit geworden.

5 Bezeichnung für den bis 1992 bestehenden gemeinsamen Staat aus dem heutigen Tschechien und der heutigen Slowakei.

6 Die 1953 gebildeten „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ waren eine bewaffnete Miliz der SED. Es gab sie in allen größeren Betrieben und vielen anderen Institutionen. Die paramilitärischen Verbände sollten gegen innere und äußere Feinde eingesetzt werden.

7 Tausende chinesische Studenten hatten wochenlang auf dem Platz des himmlischen Friedens in Peking für Reformen demonstriert. Ihnen hatten sich weitere Bevölkerungsgruppen angeschlossen. Am 4. Juni 1989 beendete die chinesische Armee mit Panzern und Schusswaffen die Protestbewegung. Es kam zu dem berüchtigten „Tian’anmen-Massaker“.

Die Maueröffnung

In der ersten Novemberwoche ließ der neue SED-Chef zweimal personelle Veränderungen im Politbüro vornehmen. Dabei wurden all jene Personen aus der Führungsspitze entfernt, die als besonders unbeliebt in der Bevölkerung galten oder die den neuen Kurs nicht mittragen wollten. Unter ihnen befand sich auch Stasi-Minister Erich Mielke. Am 7. November musste schließlich die gesamte DDR-Regierung zurücktreten. Diese Wechsel verschafften der SED aber nur kurzzeitig Ruhe. Selbst die von der SED-Führung am 8. November endlich beschlossene offizielle Zulassung aller Organisationen der Bürgerbewegung kam viel zu spät. Die Bevölkerung ließ sich damit nicht mehr abspesen.

Daraufhin versuchte die SED-Spitze mit Änderungen im Reisegesetz die Zustimmung der Bevölkerung zu gewinnen. Reisefreiheit, die Möglichkeit von Reisen in westliche Länder ohne Einschränkungen, war eine der Hauptforderungen während der Friedlichen Revolution. Ein liberaleres Reisegesetz war außerdem notwendig, weil seit 1. November die Staatsgrenze zur CSSR wieder offen war. Die darauf erneut einsetzende Fluchtwelle hunderter DDR-Bürger veranlasste die tschechoslowakische Regierung zu der Drohung, die Grenze sofort wieder zu schließen, wenn die Fluchten über ihr Territorium nicht aufhörten. Am Nachmittag des 9. November beschloss das SED-Zentralkomitee die neuen Regelungen für Reisen in westliche Länder. Die wichtigsten Passagen darin lauteten, dass Reisen und Ausreisen ab sofort und ohne irgendwelche Voraussetzungen möglich seien. Genehmigungen würden kurzfristig erteilt. Am Abend gab der neue Regierungssprecher, Günther Schabowski, auf einer Pressekonferenz den Inhalt der Reiseregulation etwas ungenau wieder. Er vergaß, darauf hinzuweisen, dass die Regelungen erst am folgenden Tag in Kraft treten sollten. Die im Fernsehen übertragene Pressekonferenz hatte zur Folge, dass sich noch am selben Abend hunderte DDR-Bürgerinnen und Bürger an den Grenzübergangsstellen nach West-Berlin versammelten und die Öffnung der Tore verlangten. Die Stasi-Unterroffiziere und Offiziere hatten dafür aber keine Befehle erhalten.⁸ Bald wurde der Druck so stark, dass einzelne Stasi-Offiziere in eigener Verantwortung befahlen, die Leute durchzulassen. Damit war die Berliner Mauer durchlässig geworden. Um Mitternacht wurden auch erste Grenzübergänge zur Bundesrepublik geöffnet. Der Mauerfall verringerte vorübergehend den Reformdruck auf die SED-Führung. Die Anzahl der Teilnehmer an den Montagsdemonstrationen nahm in den folgenden zwei Wochen deutlich ab. Die Ostdeutschen nutzten erst einmal die geöffneten Grenzen und schauten sich West-Berlin und Westdeutschland an. In völlig überfüllten Zügen und über verstopfte Straßen fuhrn DDR-Familien in den Westen. Viele meldeten sich für diese Kurzreisen nicht einmal in ihren Arbeitsstellen ab. Doch in dieser Zeit hatte das keine arbeitsrechtlichen Folgen. Die Arbeitgeber waren eher

froh, wenn ihre Angestellten am nächsten oder übernächsten Tag zurückkamen. Der Rückgang der Teilnehmerzahlen an den Demonstrationen dauerte nur bis Anfang Dezember. Bis dahin hatte sich aber die Stimmung gewandelt. Die Mehrheit der Demonstranten wollte von nun an keine reformierte DDR mehr, sondern die Einheit Deutschlands. Aus dem Ruf „Wir sind das Volk!“ wurde die Forderung „Wir sind ein Volk!“.

Die Stasi nach dem Mauerfall

Mit dem Fall der Berliner Mauer war der Demokratisierungsprozess in der DDR unumkehrbar geworden. Die diktatorische Alleinherrschaft der SED ging ihrem Ende entgegen. Noch hatte sie aber die Macht, die neue Regierung zu stellen. Neuer Ministerpräsident wurde am 13. November der ehemalige Dresdner SED-Bezirkschef Hans Modrow.

Für die Staatssicherheit brachte die Regierungsbildung eine große Veränderung mit sich. Am 17. November verkündete Hans Modrow die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit. An seine Stelle sollte ein „Amt für Nationale Sicherheit“ (AfNS) treten [Dokument 10]. Die wichtigste Neuerung bestand darin, dass das neue Amt nicht mehr SED-Generalsekretär Krenz, sondern dem Ministerpräsidenten direkt unterstellt war. Damit hatte die SED-Spitze die Verantwortung für die Staatssicherheit an die Regierung abgegeben. Die Stasi war nun nicht mehr „Schild und Schwert“ der SED. Mit dieser Maßnahme wollte die SED-Führung vor allem zwei Ziele erreichen: erstens sollte der Blick der Demonstrierenden weg von der SED und auf die Geheimpolizei gelenkt werden. Neben den abgesetzten SED-Oberen um Erich Honecker sollte die Stasi als der zweite Schuldige an der Misere in der DDR dargestellt werden. Dieser Schachzug gelang teilweise. Zweitens sollte die Stasi zwar personell verringert werden, aber im Prinzip erhalten bleiben und in die neue Zeit hinübergerettet werden. Das gelang letztendlich nicht.

Leiter des neuen AfNS wurde Stasi-General Wolfgang Schwantz, einer der ehemaligen Stellvertreter Mielkes. Seine Berufung zeigte, dass das Ganze nur ein Etikettenschwindel war. Das Amt für Nationale Sicherheit blieb eine „Stasi light“. Genauso sah es auch die Bürgerbewegung. Trotzdem gab es im AfNS einige Änderungen [Dokument 11]. Da das Amt nicht mehr der SED-Führung unmittelbar unterstand, konnte es von ihr nicht mehr ohne weiteres benutzt werden. Es hatte auch nicht mehr die Rechte einer Staatsanwaltschaft bei politischen Strafsachen und musste obendrein die berüchtigten Untersuchungshaftanstalten schließen. Sein Aufgabenspektrum sollte deutlich reduziert werden. Geheimdienst und Geheimpolizei sollten unabhängig und getrennt voneinander arbeiten. Die Geheimpolizei durfte von nun an etliche Personengruppen wie Andersdenkende, Ausreisewillige oder Wehrdienstverweigerer nicht mehr überwachen und verunsichern. Die umfangreiche Kontrolle des Postverkehrs sollte aufhören [Dokument 9]. Sämtliche Außenstellen der Stasi in den Hauptpostämtern wurden deshalb geschlossen. All diese

⁸ Für sämtliche Grenzübergangsstellen zur Bundesrepublik und nach West-Berlin war das MfS zuständig. Die Stasi-Mitarbeiter trugen zur Tarnung die Uniformen der DDR-Grenztruppen oder der Zollverwaltung.

Änderungen hatten zur Folge, dass mehrere große Arbeitsbereiche aufgelöst wurden. Die Mitarbeiterzahl verringerte sich allein im ehemaligen Ministerium, der Zentralstelle, um über 8.000. In den 15 Bezirksverwaltungen wurden fast fünfzig Prozent der Mitarbeiter nicht mehr benötigt. Bis Mitte Dezember mussten die über 200 Kreisdienststellen ihre Tätigkeit einstellen.

Was sollte aus den zu entlassenden Stasi-Offizieren und -Unteroffizieren werden? Anfangs konnten die Staatsbetriebe und staatliche Einrichtungen auf Druck der Regierung noch verpflichtet werden, ehemalige Stasi-Mitarbeiter einzustellen [Dokument 10]. Seit Mitte Dezember wurde das jedoch immer schwieriger, denn viele Betriebsangehörige weigerten sich inzwischen, mit ehemaligen Stasi-Leuten zusammenzuarbeiten [Dokument 18]. Immer öfter kam es nun vor, dass Belegschaften mit Streikandrohungen ihre Leitungen zwangen, die neuen Kollegen wieder zu entlassen [Dokument 19].

Die geänderte Aufgabenstellung des AfNS brachte es auch mit sich, dass die riesige Anzahl der Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) verringert werden musste. Die Leitung des Amtes wollte jedoch auch hier auf Zeit spielen. Die Verbindung zur Masse der IM sollte nicht beendet, sondern nur zeitweilig unterbrochen werden [Dokument 12]. Letztendlich blieben jedoch nur wenige Inoffizielle übrig, die bereit waren, unter den veränderten Bedingungen Spitzeltätigkeiten auszuführen. Außerdem wurde das neue Amt bald selbst von den Ereignissen überrollt.

Die Auflösung der Stasi

Seit Anfang Dezember 1989 verlor die SED spürbar an Einfluss. Die alten Machtstrukturen in der DDR lösten sich allmählich auf. Der wieder verstärkte Druck der Demonstranten zwang die SED-Führung, den alleinigen Herrschaftsanspruch der Partei endlich aufzugeben. Am 1. Dezember strich die Volkskammer diesen Satz im Artikel 1 der DDR-Verfassung. Am 3. Dezember legte SED-Chef Krenz alle Ämter nieder. Zusammen mit ihm trat die gesamte Parteiführung zurück. Die alten, stalinistischen Führungsgremien der SED, wie Politbüro und Zentralkomitee, hörten auf zu existieren. Die Partei erlebte eine der größten Austrittswellen, die sie nahezu ein Viertel der Mitglieder kostete. Jetzt mussten SED-Mitglieder die Führung übernehmen, die bisher nicht zur Parteispitze gehört hatten. Sie sollten neue Führungsgremien konstituieren und die SED reformieren. Auf einem Sonderparteitag Mitte Dezember wurden ein Parteivorstand und der bis dahin wenig bekannte Rechtsanwalt Gregor Gysi zum Parteivorsitzenden gewählt. Die Partei gab sich den neuen Namen „SED-PDS“, ab Februar 1990 nannte sie sich nur noch PDS⁹.

Das Machtzentrum in der DDR war von jetzt an vorübergehend die Regierung um Ministerpräsident Modrow.

Daneben formierte sich am 7. Dezember eine neue Institution, in der die Organisationen der Bürgerbewegung dominierten: der „Zentrale Runde Tisch“¹⁰. Er war ursprünglich von der ehemaligen SED-Führung als Einrichtung zum Meinungsaustausch zwischen der SED, den ehemaligen Blockparteien und der Bürgerbewegung gedacht. Als die SED rasant an Macht verlor, entwickelte sich der Zentrale Runde Tisch zum zweiten Machtorgan in der DDR, das die Regierung kontrollierte und mit Beschlüssen vor sich hertrieb [Dokument 13]¹¹. Eine der ersten Forderungen des Zentralen Runden Tisches lautete: sofortige Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit (AfNS).

Die Leitung des AfNS machte sich Gedanken um den riesigen Aktenbestand der Stasi. Nichts davon sollte der Bürgerbewegung in die Hände fallen. Seit Ende November war deshalb mit der Vernichtung von Akten begonnen worden. Weil die vorhandenen Reißwölfe dafür nicht ausreichten, sollten Akten in Kraft- und Heizwerke transportiert und dort verfeuert werden. Das misslang aber in den meisten Fällen, weil engagierte Männer und Frauen die Ein- und Ausgänge zu den Stasi-Dienststellen beobachteten [Dokument 16]. Seit Anfang Dezember geschah es immer wieder, dass Bürger die Abfahrt von Lastwagen aus den Stasi-Gebäuden verhinderten. Die Aktenvernichtung war schließlich der Auslöser für die Besetzung fast aller Bezirksämter und von über 50 Kreisämtern des AfNS am 4. und 5. Dezember.¹² [Dokument 14] Angeführt von Vertretern der Bürgerbewegung zogen mutige Bürgerinnen und Bürger vor die Stasi-Dienststellen und verlangten Zutritt. Sie setzten in den Ämtern durch, dass sämtliche Archive und viele Aktenschränke verschlossen und versiegelt wurden. Außerdem mussten alle Reißwölfe außer Betrieb gesetzt werden. Auf Anordnung der Regierung postierten sich vor den Stasi-Gebäuden Volkspolizisten, die von nun an die Ein- und Ausgänge bewachten [Dokument 15]. Jeder, der die Dienststelle verlassen wollte, musste mit einer Taschenkontrolle rechnen. Durch das Wegschließen der meisten Akten kam die Arbeit in den Bezirksämtern weitgehend zum Erliegen. Am 14. Dezember beschloss die DDR-Regierung auf Drängen des Zentralen Runden Tisches, das Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) mit sofortiger Wirkung aufzulösen [Dokument 17]. Ein Versuch der Regierung, Teile der Stasi in einem neu zu bildenden Verfassungsschutz sowie einem Geheimdienst der DDR zu retten, scheiterte ebenfalls an der Ablehnung des Runden Tisches. Anfang Januar 1990 legten Fernmeldespezialisten alle geheimen Nachrichtenleitungen zu den Stasi-Dienststellen still. Bis zum 12. Januar mussten sämtliche Waffen abgegeben werden. Am 31. März 1990 war der letzte Stasi-Mitarbeiter entlassen. Die Staatssicherheit existierte nicht mehr.

¹⁰ In den meisten Regionen der DDR bildeten sich ebenfalls Runde Tisch.

¹¹ Ab Februar 1990 saßen Abgesandte des Runden Tisches sogar als „Minister ohne Bereich“ in der Regierung. Diese neuen Minister sollten die Regierung beraten und kontrollieren. Ministerpräsident Modrow benutzte sie aber zur Beruhigung der Demonstranten.

¹² Sämtliche Kreisämter wurden danach, im Zeitraum vom 11. bis zum 13. Dezember 1989 aufgelöst.

⁹ PDS bedeutet Partei des demokratischen Sozialismus. Die PDS ging 2007 in der Partei „Die Linke“ auf.

Wir bleiben hier! – Die Initiative der evangelischen Kirchen

BSIU

000664

Anlage 1

Sehr geehrter Herr Staatsratsvorsitzender!

Unruhigt und betroffen sieht die Konferenz der Ev. Kirchenleitungen in der Zahl derer, die einen Antrag auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft stellen, nicht abnimmt, daß Bürger der DDR über die ungarisch-österreichische Grenze fliehen und daß einzelne ihre Ausreise aus der DDR mit anderen Aktionen zu erzwingen suchen.

Die Konferenz ist im Blick auf diesen Tatbestand ratlos. Sie kann keine Rezepte für eine kurzfristige Lösung dieser Probleme anbieten. Auch die von der Konferenz erbetenen Reiseerleichterungen haben in ihrem bisherigen Umfang nicht dazu geführt, die Zahl der Ausreiseanträge zu vermindern. Die Konferenz sieht eine Hauptursache für Ausreiseanträge darin, daß von den Bürgern erwartete und längst überfällige Reformen von Staatsorganen prinzipiell verweigert werden. Sie hält es für unabdingbar und dringlich in unserem Land einen Prozeß in Gang zu setzen, der die mündige Beteiligung der Bürger an der Gestaltung unseres gesellschaftlichen Lebens und eine produktive Diskussion der anstehenden Aufgaben in der Öffentlichkeit sichert und Vertrauen zur Arbeit der staatlichen Organe ermöglicht.

Wir bitten deshalb erneut und dringlich darum,

- offene und wirklichkeitsnahe Diskussionen über die Ursachen von Unzufriedenheit und Fehlentwicklungen in unserer Gesellschaft zu führen und sie nicht sogleich durch stereotype Belehrungen oder sogar Drohungen abzuwürgen;
- kritische Einwände der Bürger aufzunehmen und zu berücksichtigen,^{so} daß sie in erkennbaren Veränderungen wirksam werden, die allen zugute kommen;
- auf zutreffende Information und eine realistische Berichterstattung in allen Bereichen von Politik und Wirtschaft und in unseren Medien hinzuwirken, die nicht im Widerspruch zu dem steht, was der Bürger Tag für Tag selbst sieht und erlebt;
- daß die Behörden jeden Bürger als mitverantwortlichen Partner respektieren und ihn nicht als Untergebenen bevormunden;
- für alle Bürger, unabhängig von verwandtschaftlichen Beziehungen, Reisemöglichkeiten in andere Länder zu eröffnen;
- allen ehemaligen DDR-Bürgern, die in ein anderes Land übergesiedelt sind, die Rückkehr offiziell zu ermöglichen.

BSTU
200605

Nur durch Offenheit und Höflichkeit werden die Kräfte zu gewinnen sein, die zur Lösung dieser Probleme gebraucht werden.

Die Konferenz ist sich dessen bewußt, daß die Lösung der gegenwärtigen Probleme ein langwieriger Prozeß sein wird. In diesem Prozeß wird auch die Verhandlungs- und Veränderungsbereitschaft anderer Staaten, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland, wichtig, die Umdenken und neue Konzeptionen zuläßt, damit der Abbau der gegenwärtigen Spannungen und des einseitig wirkenden Wirtschaftsgefälles möglich wird.

Die Konferenz sieht ihre Aufgabe vorrangig darin, mit den Gemeinden zu bedenken, was es für uns als Kirche bedeutet, daß Menschen bei uns nicht bleiben wollen. Deshalb gibt sie diesen Brief ihren Gemeindegliedern zur Kenntnis, um sie damit zu einem Nachdenken über die angesprochenen Probleme zu ermutigen.

Am Leben und Handeln der Christen soll erkennbar sein, daß sie selbst bereit sind, sich zu verändern und in der Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Dr. Leich
Vorsitzender der
Konferenz der Ev. Kirchenleitungen

An die
Gemeinden der
Gliederkirchen des
Bundes der Evangelischen Kirchen
in der
Deutschen Demokratischen Republik

Liebe Schwestern und Brüder!

Die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen hat an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik den folgenden Brief geschrieben:

... (Vorlesen des Briefes)

Für das Gespräch in unseren Kirchen und für das Nachdenken jedes Einzelnen wiederholt die Konferenz, was sie bereits mehrfach ausgesprochen hat:

Viele der Ausreisewilligen müssen wir fragen, nach welchen Maßstäben sie ihre Lebensumstände und Lebenserwartungen messen. Um ihrer selbst willen müssen wir sie vor der Illusion warnen, daß höherer wirtschaftlicher Wohlstand schon Lebenserfüllung bringt.

Angesichts der bereits genannten unübersehbaren Lücken im Gesundheitswesen, in der Wirtschaft und in anderen Bereichen müssen wir daran erinnern, daß jeder Mensch nicht nur Verantwortung trägt für die Gestaltung seines eigenen Lebens, sondern Mitverantwortung hat für die Gemeinschaft, in die er hineingestellt wurde.

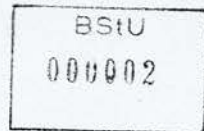
Um des friedlichen und geordneten Miteinanders der Staaten willen können wir Fluchtversuche, wie die an der ungarisch-österreichischen Grenze und Ostschiffbesatzungen nicht gut heißen, sondern müssen auf die gesetzlich geregelten Möglichkeiten verweisen.

Wir bitten, "in der Gemeinschaft zu bleiben und die DDR nicht zu verlassen. Unsere Gesellschaft braucht jeden Menschen mit seinen Gaben und Fähigkeiten. Sie verliert Vielfalt und inneren Lohn wird ärmer, wenn Menschen sich zurückziehen und ausreisen. Jeder, der geht, läßt andere einsam zurück. Die Kirche sieht ihre Aufgabe darin, zu Verhältnissen in der Gesellschaft beizutragen, unter denen Menschen gerne leben können und Anträge auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft nicht mehr stellen wollen. Dazu wird die Mitarbeit gerade auch dafür gebraucht, die unter Defiziten unserer Gesellschaft leiden und Veränderungen anstreben."

Es grüßt sie im Namen der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen

Ihr

Dr. Werner Leich
Vorsitzender



Anlage

Nachfolgend der Text des o. g. Fernschreibens.

Im Verlauf des gestrigen Tages kam es in verschiedenen Bezirken, besonders in Berlin, Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt, Halle, Erfurt und Potsdam, zu Demonstrationen, die gegen die verfassungsmäßigen Grundlagen unseres sozialistischen Staates gerichtet waren.

Vor allem in Dresden, Plauen und Leipzig trugen sie den Charakter rowdyhafter Zusammenrottungen und gewalttätiger Ausschreitungen, die unsere Bürger in höchstem Maße beunruhigen.

Es ist damit zu rechnen, daß es zu weiteren Krawallen kommt. Sie sind von vornherein zu unterbinden.

Deshalb sind folgende Aufgaben durchzuführen:

1. Sofortige Zusammenkunft der Bezirkseinsatzleitungen, in der die Lage im Bezirk eingeschätzt wird und entsprechende Maßnahmen festgelegt werden;
2. Unverzügliche Information der Partei-, Gewerkschafts- und FDJ-Funktionäre sowie der Mitarbeiter der staatlichen Organe über die Lage im Bezirk bzw. Kreis und Erläuterung der Aufgaben zur offensiven politisch-ideologischen Arbeit in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, damit diese Funktionäre unmittelbar vor Ort an der Unterbindung der Krawalle teilnehmen und offensiv in Erscheinung treten;
3. Veröffentlichung entsprechender Mitteilungen und sachlicher Berichte über stattgefundene Krawalle in allen Bezirkszeitungen der Partei, verbunden mit Stellungnahmen von Arbeitern und anderen Werktätigen;
4. Tägliche Information an die Abteilung Parteiorgane des ZK über die Lage und eingeleiteter Maßnahmen (jeweils bis 6.00 Uhr mit Stand von 4.00 Uhr bzw. sofort).

Arbeitsaufträge zu den Dokumenten 1, 2 und 3:

1. Erarbeiten Sie anhand des Briefs an den DDR-Staatschef, welche Veränderungen die Kirchenleitung in der DDR wünschte.
Geben Sie die Forderungen mit eigenen Worten wieder.

2. Erörtern Sie, warum die Kirchenoberen ihre Anhänger zum Dableiben aufriefen.

3. Ermitteln Sie mithilfe des Abkürzungsverzeichnisses die Aufgaben und Befugnisse einer Bezirkseinsatzleitung in der DDR.
Diskutieren Sie anhand ihrer Erkenntnisse, mit welcher drastischen Maßnahme die alte SED-Führung um Honecker im Oktober 1989 die friedliche Revolution verhindern wollte.

Die Montagsdemonstrationen

MFS BERLIN, MINISTER, GEN. ARMEEGENERAL MIELKE
STELLV. MINISTER, GEN. GENERALOBERST MITTIG
STELLV. MINISTER, GEN. GENERALLEUTNANT NEIBER
ZAIG, LEITER
ZOS, LEITER

BStU
000071

IM LAUFE DES 09.10.89 WURDE DURCH MUENDLICHE WEITERGABE, ABER AUCH
VEREINZELT DURCH SCHRIFTLICHE AUSHAENGE AN KIRCHEN UND AUF DEM
MEISZNER BAHNHOF DAS ERGEBNIS DER AM VORABEND BEI BEENDIGUNG DER
DEMONSTRATION ERZIELTEN VEREINBARUNG BEKANNTGEGEBEN. IN DIESEN
BEKANNTGABEN WURDEN FOLGENDE KIRCHEN GENANNT, IN DENEN UEBER DAS
GESPRAECH MIT DEM OBERBUERGERMEISTER DER STADT DRESDEN INFORMIERT
WERDEN WIRD:

KREUZKIRCHE
CHRISTUSKIRCHE
VERSOEHNUNGSKIRCHE
KATHEDRALE

IN DIESEM GESPRAECH HATTEN 29 NAMENTLICH BEKANNTE PERSONEN FRAGEN
GESTELLT UND FORDERUNGEN ERHOBEN WIE:

'FREIE UND GERECHTE WAHLEN'
'PRESSEFREIHEIT'
'KEINE ABLEHNUNG DES NEUEN FORUMS'
'SCHULREFORM'
'REISEFREIHEIT'
'KEINE GEWALT GEGEN FRIEDLICHE DEMONSTRATIONEN'
'GROESZERE DIALOGBEREITSCHAFT DES STAATES'
'WEHRERSATZDIENST'

GEGEN 19.00 UHR BEGANN EIN REGER ZUSTROM ZU ALLEN 4 GENANNTEN KIRCHEN
,
DIE BEREITS UM 19.30 UHR UEBERFUELLT WAREN, SO DASZ SICH GROSZE
MENSCHENANSAMMLUNGEN, BESONDERS VOR DER KREUZKIRCHE, BILDETEN.

1 - 2 -

I - BLATT 2 -

BStU 000072

I DADURCH SAHEN SICH DIE VERTRETER DER KIRCHE VERANLASZT, BEKANNTZU-
 I GEBEN, DASZ DIE INFORMATIONSVERANSTALTUNGEN UM 21.30 UHR, IN DER
 I KREUZKIRCHE UM 22.00 UHR, WIEDERHOLT WERDEN. EIN ERSUCHEN DES SUP.
 I ZIEMER, DIE INFORMATIONSVERANSTALTUNGEN MITTELS LAUTSPRECHER AUF
 I DEM ALTMARKT ZU UEBERTRAGEN, WURDE DURCH DEN OB DER STADT DRESDEN
 I NACH ABSTIMMUNG ABGELEHNT. INSGESAMT NAHMEN NACH VORLIEGENDEN
 I SCHAETZUNGEN AN DEN INFORMATIONSVERANSTALTUNGEN TEIL:

I KREUZKIRCHE:	1. VERANSTALTUNG	5500 PERSONEN	
I	2. - " -	2500 -"-	1600
I KATHEDRALE:	1. - " -	5000 -"-	2000
I	2. - " -	3000 -"-	21000
I CHRISTUSKIRCHE:	1. - " -	2000 -"-	
I	2. - " -	2000 -"-	
I VERSOEHNUNGSKIRCHE:	1. - " -	1500 -"-	
I	2. - " -	600 -"-	

I WAEHREND DER 1. VERANSTALTUNG STANDEN DIE PERSONEN, DIE KEINEN EIN-
 I LASZ FANDEN, RUHIG VOR DEN KIRCHEN UND ZEIGTEN KEINERLEI PROVOZIE-
 I RENDE AKTIVITAETEN. LEDIGLICH VOR DER KREUZKIRCHE WURDEN 2 PLAKATE
 I GEZEIGT MIT FOLGENDEN TEXTEN:

I 'REISEERLEICHTERUNGEN STATT MASSENFLUCHT'
 I 'WIR WOLLEN DAS NEUE FORUM'

I GEGEN 23.00 UHR WAREN ALLE INFORMATIONSVERANSTALTUNGEN BEENDET, UND
 I ALLE TEILNEHMER VERSTREUTEN SICH OHNE JEGLICHE VORKOMMISSE IM
 I STADTGEBIET.

I ES GAB IM ZEITRAUM VON 19.00 UHR BIS 24.00 UHR IM GESAMTEN STADTGE-
 I BIET VON DRESDEN KEINERLEI FEINDLICH-NEGATIVE ODER PROVOZIERENDE
 I VORKOMMISSE.

I UEBER DEN INHALT DER INFORMATIONSVERANSTALTUNGEN IN DEN KIRCHEN
 I WURDE BISHER FOLGENDES BEKANNT:

I - 3 -

BStU

000002

Kreisdienststelle Halle

Halle

10. 10. 1989

72 89

Störungshandlungen feindlich-negativer Kräfte und dekadenter
Jugendlicher auf dem Markt

Auf der Grundlage von Informationen interner Quellen über geplante Störungshandlungen am 09.10.1989 auf dem Obermarkt wurde im Zusammenwirken mit dem VPKA, der VP-Bereitschaft Halle und den Kampfgruppen der Arbeiterklasse ein Sicherungseinsatz zur Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit durchgeführt.

Zwischen 16.45 Uhr und 17.15 Uhr versammelten sich ca. 350 - 400 Personen (davon ca. 80 % Jugendliche im Alter von 14 - 20 Jahren) vor dem Eingang der Marktkirche. Der Zulauf erfolgte über den Ober- und Untermarkt in kleineren Gruppen zwischen 5 bis 25 Personen. Nachdem bereits 17.15 Uhr innerhalb der Ansammlung Kerzen (ca. 10 bis 15 Stück) angezündet wurden, kam es 17.30 Uhr zur Entfaltung von zwei Transparenten (Bettuch) mit den Texten:

- (1) "Gewaltloses Widerstehen, Schweigen für Leipzig,
Schweigen für Reformen, Schweigen für Hierbleiben"

sowie

- (2) "Wir schweigen, obwohl wir viel zu sagen haben"

2

BStU
000003

Das mit (1) gekennzeichnete Transparent wurde von Pfr. Hanewinkel (ev. Georgengemeinde) gehalten, der sich zusammen mit den kirchlichen Amtsträgern

Sup. Buchenau

Propst [REDACTED]

Pfarrer [REDACTED]

Pfarrer [REDACTED]

in der Nähe der Ansammlung aufhielt. Am Schaukasten der Marktkirche war das mit (2) gekennzeichnete Transparent angebracht.

Erst nachdem im Gespräch Propst [REDACTED] aufgefordert wurde, disziplinierenden Einfluß geltend zu machen, wurden die Kerzen gelöscht und die Transparente entfernt.

Ca. 200 Personen, darunter überwiegend Gläubige, betraten 18.05 Uhr die Kirche, wobei der andere Teil von ebenfalls ca. 200 Personen vor der Kirche verblieben. Da diese sich trotz mehrfacher Aufforderung und vereinzelter Zuführungen nicht entfernten, mußten sie durch die DVP von der Kirche abgedrängt werden. Der hartnäckige Kern dekadenter Jugendlicher und Jungerwachsener verblieb im Bereich des Roten Turm und widersetzte sich der Auflösung der Ansammlung. Daraufhin wurden von 18.10 bis 19.25 Uhr weitere Personen (insgesamt 38 Personen) zugeführt. Darunter befand sich auch die Mitarbeiterin der Kaderabteilung HO Industriewaren

[REDACTED]
Halle-Neustadt, Block 399/1.

Gegen Initiatoren wurden EV und OSV eingeleitet. Alle anderen Personen wurden belehrt.

Die eigentliche kirchliche Veranstaltung in der Marktkirche wurde als Andacht von 18.10 bis 19.00 Uhr durchgeführt. Im Verlauf wurde durch die kirchlichen Amtsträger Einfluß auf die Anwesenden genommen, so daß nach Beendigung ein reibungsloser Abgang vom Markt erfolgte.

Im Ergebnis kann eingeschätzt werden, daß die genannten Amtsträger, insbesondere Pfr. Hanewinkel und [REDACTED] ihre Einflußnahme herauszögerten und indirekt zu den genannten Aktionen ermunterten. Die am Roten Turm versammelten Jugendlichen

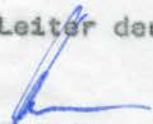
3

BSU
000004

suchten offensichtlich die Konfrontation mit den Sicherungskräften, was durch provozierende Äußerungen und Widerstandshandlungen zum Ausdruck kam.

Durch das konsequente offensive Handeln der Sicherungskräfte konnte die beabsichtigte Eskalation der ^{JE} Führungshandlungen unterbunden werden.

Leiter der Kreisdienststelle


Thomas
Oberstleutnant

Auswertungs- und Kontrollgruppe

Lagefilm über den Sicherungseinsatz vom 09.10.1989, in der Zeit von 16.30 bis 22.00 Uhr auf dem Markt in Halle

Uhrzeit	Ereignis	Quelle
---------	----------	--------

Inoffiziell wurde bekannt, daß am 08.10.89, 11.00 Uhr, im Marktgemeindehaus eine Zusammenkunft von kirchlichen Würdenträgern sowie feindlich-negativen, oppositionellen Personen, wie

- [REDACTED] (OV "Demiurg")
- [REDACTED] (OPK "Paulus")
- [REDACTED] (OV "Organisator")
- [REDACTED] (OV "Passion")

stattfinden sollte. Zielstellung der Zusammenkunft war die Vorbereitung der für den 09.10.89, 17.00 Uhr geplanten Mahnwache und weiterer Aktivitäten vor der Marktkirche. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß der o.g. Personenkreis Einigkeit erzielen wollte über das Verhalten gegenüber den Schutz- und Sicherheitsorganen. Die geplante Mahnwache sollte dem "Kontaktbüro Berlin" mitgeteilt werden.

Im Zusammenhang mit Maßnahmen der Abt. IX gegen die Angehörigen der sogenannten Initiativgruppe "Neues Forum", [REDACTED], [REDACTED] in der Nacht vom 08.10. zum 09.10.89 wurde die geplante Durchführung einer Veranstaltung auf dem Markt am 09.10.89, 17.00 Uhr bestätigt

Kirche

Laut dem kirchlichen Ereignisbericht vom 10.10.89 und einem von Dechant Herold und Sup Buchenau dem Rat der Stadt zugesandten

BSTU
000002

Uhrzeit	Ereignis
	Schreiben vom 11.10.89 sollte am Montag zwischen 17.00 und 18.00 Uhr eine friedliche Sitzdemonstration zu den Themen:
	"Schweigen für Leipzig" "Schweigen für Reformen" "Schweigen für das Hierbleiben"
	durch außerkirchliche Kräfte durchgeführt werden. Diese Veranstaltung, so Buchenau/Herold wurde unabhängig von kirchlichen Mitarbeitern, von unbekannter Seite geplant. Da die Kirche Sorge vor einem möglichen gewalttätigen Einschreiten der VP hatte, beschloß man die Türen der Marktkirche für Schutzsuchende Bürger zu öffnen und für 18.00 Uhr eine Fürbittenandacht durchzuführen.
16.00 Uhr	Bis zu diesem Zeitpunkt wurde der gesamte Marktplatz, einschließlich näherer Umgebung in den Seitenstraßen, durch 49 Angehörige der DVP (Schutzpolizei) gesichert. Ab 16.00 Uhr wurden insgesamt 153 Angehörige der DVP (Schutzpolizei/VP-Bereitschaft/Verkehrspolizei) darunter 2 Hundeführer mit Hund und 141 Angehörige der Kampfgruppen in zivil zur Tiefensicherung eingesetzt. 44 Genossen der Verkehrspolizei befanden sich in Reserve. Der Einsatz erfolgte seitens der DVP mit Schlagstock (teils lang, teils kurz). LKW als mobile Zuführungspunkte wurden in der Rathausstraße, der Klausstraße, der Anlaufstraße sowie am Haus der 1000 Dinge stationiert.

BSU
000005

Jhrzeit	Ereignis	Quelle
	Durch das Einschreiten der DVP, in Form über Megaphon, verkündeter Aufforderungen zum Verlassen des Bereiches, sowie den Einsatz des Genossen Schulze (Abt. XX) und Genossen [REDACTED] (Rat des Bezirkes), Abt. Inneres) wurde die Fortführung der Demonstration verhindert.	
	Durch die Genossen Schulze und [REDACTED] wurde ein Gespräch mit Propst Apel, Sup Buchenau, Dechant Herold und Pfarrer Scheurich geführt. Die kirchlichen Amtsträger wurden aufgefordert, die Personenansammlungen aufzulösen und das Transparent zu entfernen. Es wurde darauf hingewiesen, daß bei Nichtbefolgung der Forderungen Maßnahmen der Schutz- und Sicherheitsorgane zur Herstellung der öffentlichen Ordnung und staatlichen Sicherheit durchgeführt werden.	Abt. XX KD Halle
17.40 Uhr	Analoge Gespräche wurden seitens der DVP mit einzelnen Pfarrern geführt. Diese Gesprächsführung wurde situationsgebunden realisiert. Nach dem Gespräch von Angehörigen der DVP mit den anwesenden Pfarrern wurden die VP-Kräfte an der Kirchenstirnseite zurückgezogen. Diese Maßnahmen wurden durch Umstehende mit Beifall bedacht.	KD Halle
	Über dem Schaukasten der Kirche wurde durch aus der Kirche kommende Personen ein Plakat (70 x 50 cm) mit der Aufschrift "Wir schweigen, obwohl wir viel zu sagen haben" angebracht.	KD Halle
17.45 Uhr	Nach mehrmaliger Aufforderung durch die VP wurde das Transparent in die Kirche zurückgebracht.	Abt. VII KD Halle

BStU
000008

Uhrzeit	Ereignis
18.10 - 18.30 Uhr	<p>Durch das Vorgehen der VP-Kette im Fußgängerbereich "An der Marienkirche", aus Richtung Treppe zum Hallmarkt, in Richtung Markt bis in Linie Kirchenstirnseite/Zweigstelle des DLK, wurde eine Doppelreihe mit einer Stärke von ca. 30 Genossen formiert. Im Bereich "An der Marienkirche" kam es während dieser Maßnahme zu keinen Auseinandersetzungen. Auf dem Markt, außerhalb des Bereiches "An der Marienkirche" wurden erste Zuführungen vorgenommen. Durch die Genossen Luleich (AGL) und Keilacker (AKG) wurde der sich in Höhe DLK-Zweigstelle aufhaltende [REDACTED], [REDACTED] Halle, [REDACTED] Klempner, VEB Gebäudewirtschaft Halle zugeführt. Der unter Alkoholeinfluß stehende [REDACTED] tätigte lautstarke Beschimpfungen gegenüber VP-Angehörigen, wie "Bullenschweine", "Dreckschweine". [REDACTED] leistete durch Körpereinsatz aktiven Widerstand. Durch Gen. Luleich wurde der Widerstand durch Schlagstockeinsatz gebrochen. [REDACTED] wurde durch einen nicht personifizierten VP-Angehörigen vom mobilen Zuführungspunkt, Große Klausstr. entlassen. Durch die DVP wurde der sich in Höhe Straßenbahnhaltestelle Linie 4 aufhaltende [REDACTED], [REDACTED] Halle-Neustadt, Bl. 376/1 Technologie im BKK Röblingen wegen passiven Widerstand, nach kurzzeitigem Wortwechsel, zugeführt.</p>

Uhrzeit	Ereignis
18.50 Uhr	<p>Es werden Schweißarbeiten an Straßenbahnschienen durchgeführt. Bisher kam es zu keiner Einschränkung des Straßenbahnverkehrs. Trotz der Schweißarbeiten können Straßenbahnen passieren.</p>
19.15 Uhr	<p>Wegen Nichtbefolgung der polizeilichen Forderungen, nach wiederum mehrfacher Aufforderung über Megaphon,</p> <p>(Entgegen der Eidesstattlichen Erklärung der Person [REDACTED] vom 11.10.89 waren die mehrfachen Aufforderungen der VP über Megaphon deutlich für alle im Handlungsraum der VP anwesenden Personen zu hören.)</p> <p>rückt die VP-Kette schrittweise in Richtung Schmerrstraße vor. Der Befehl zum Einsatz des Schlagstockes wird gegeben. Bei dem eingesetzten Einsatzleiter handelt es sich um Hptm. [REDACTED], [REDACTED], (seitens der VP).</p> <p>Zur leitungsmäßigen Unterstützung war des weiteren Gen. Major [REDACTED], [REDACTED] (stellv. Stabschef des VPKA Halle) und Major Martin, Dieter mit vor Ort.</p> <p>Bei diesem schrittweise, geordneten Vorgehen der VP wurde durch die VP keine Gewalt angewandt. Zu Beginn des Vorgehens wurde lediglich durch Erheben des Schlagstockes gedroht, um die Masse in Bewegung zu bringen. Infolge dessen rannten eine Reihe von Personen in Richtung Schmeerstraße und Klement-Gottwald-Str. In bzw. hinter der VP-Räumkette sind 2 Hundeführer mit Hund eingesetzt. Der direkte Einsatz der Hunde an Personen wurde nicht bekannt.</p> <p>Teilweise wurden Personen, welche den Aufforderungen zum Verlassen des Marktplatzes zunächst nicht nachkamen durch VP-Angehörige mittels Schlagstock vorwärts geschoben. Der Einsatz des Schlagstockes erfolgte vereinzelt erst als Personen hartnäckigen passiven Widerstand leisteten, VP-Angehörige beschimpften und tätlich angriffen.</p> <p>In diesem Zusammenhang wurden weitere Personen zugeführt.</p>

BStU 000015

Uhrzeit

Ereignis

Durch Angehörige der DVP wurde in Höhe Kaufhaus 1000 Kleine Dinge die aufgehängte

██████████, ██████████
 ██████████

Halle-Neustadt, Block 399/1

Mitarbeiter der Kaderabteilung HO Industriewaren

zugeführt. Die ██████████ kam den Aufforderungen der DVP nicht nach und leistete hartnäckig passiven Widerstand. Nach eigener Aussage erfolgen die Anwendung des Schlagstockes durch Schlag auf die Schulter. Die ██████████ führte 2 Exemplare "Problemkatalog - Neues Forum" bei sich.

Im gleichen Zusammenhang wurden die Personen

- ██████████, ██████████

Halle-Neustadt, Block 391/7

Sachbearbeiterin, MLU

- ██████████, ██████████

Halle, ██████████
 Sekretärin MLU/Bereich Medizin

durch die DVP zugeführt, da sie gemeinsam mit der ██████████ passiven Widerstand leisteten. Bei der Befragung im zentralen Zuführungspunkt zeigte die ██████████ Verständnis und Einsicht.

Außerhalb des Bereiches Schmeerstr./Markt wurden folgende Zuführungen vorgenommen.

Der nach eigenen Angaben als Abgeordneter beim Rat des Stadtbezirkes Halle/Ost tätige

██████████, ██████████

Halle, ██████████
 Ingenieur, VEB Mafa Halle
 Mitglied SED

000018

Uhrzeit	Ereignis
22.00 Uhr	<p>Ende der Nachsicherung.</p> <p>Während des gesamten Sicherungseinsatzes erfolgten 41 Zuführungen.</p> <p>Das Betreten der Zuführungspunkte (LKW und PKW) sowie die Abfahrt erfolgen ohne Einsatz von Gewalt.</p> <p>Der Befehl zum Einsatz des Schlagstockes wurde im gesamten Zeitraum des Sicherungseinsatzes mehrfach (derzeitig nicht konkret bestimmbar), ca. 10 mal gegeben.</p> <p>Der Schlagstock wurde, ebenfallsderzeitig nicht konkret bestimmbar, ca. 25 mal gezielt gegen Personen eingesetzt.</p> <p>Als verletzte Personen durch Schlagstockeinwirkungen wird bisher die o.g. [REDACTED] und [REDACTED] bekannt.</p> <p>Als zentraler Zuführungspunkt wurde das Objekt des Transportpolizeiamtes in Halle, Reideburger Str. genutzt.</p> <p>Die Befragungen wurden durch die Abt. IX und K der BdVP durchgeführt.</p> <p>Zur Bewachung der zugeführten Personen wurden Kräfte der BdVP in einer Stärke von 1 : 30 und Kräfte des SC Dynamo in einer Stärke von 1 : 14 eingesetzt.</p> <p>Die Einweisung der Bewachungskräfte wurde durch die Genossen OSL [REDACTED] und Major [REDACTED] der BdVP vorgenommen. In der Einweisung wurde eine sehr zugespitzte Lage, welche ein hartes Durchgreifen erfordert, geschildert.</p> <p>Als Einsatzleiter war der Hptm. der VP [REDACTED], [REDACTED]</p> <p>VPKA Halle, Stab eingesetzt.</p> <p>Die Einsatzzeit belief sich auf den 09.10.89 /16.00 Uhr bis 10.10.89/05.00 Uhr.</p>

Arbeitsaufträge zu den Dokumenten 4, 5 und 6:

1. Vergleichen Sie Inhalt und Stil der Dokumente 4 und 5.
Fassen Sie Unterschiede und Gemeinsamkeiten zusammen.
Versuchen Sie Erklärungen für die Unterschiede zu finden.
Besprechen Sie die Ergebnisse in der Gruppe.

2. Die Dokumente 5 und 6 sind verschiedene Berichte über ein und dasselbe Ereignis.
Arbeiten Sie durch Vergleich heraus, welche Eindrücke der Verfasser von Dokument 5 (Bericht an die SED) beim Leser erwecken wollte.

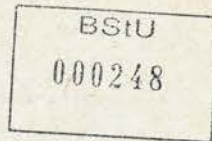
3. Charakterisieren Sie die in den Berichten (Dok. 5 und 6) geschilderten Verhaltensweisen der kirchlichen Amtsträger während der Ereignisse am 9. Oktober 1989 in Halle.
Erörtern Sie die Gründe für das Verhalten. Beachten Sie dabei, wer die Berichte verfasst hatte.

4. Auch in Demokratien, wie der Bundesrepublik Deutschland, kann es vorkommen, dass Polizeikräfte gewaltsam gegen Demonstranten vorgehen.
Diskutieren Sie in der Gruppe, worin Sie Unterschiede zum Vorgehen der DDR-Sicherheitskräfte sehen.

Zerfall der Kampfgruppen der Arbeiterklasse

Hauptabteilung VII
Abteilung 7

Berlin, 23. Oktober 1989



E i n s c h ä t z u n g
der Kampfkraft und Einsatzbereitschaft der Kampfgruppen der
Arbeiterklasse, die im Vorfeld und in Durchführung der Ak-
tion "Jubiläum 40" zum Einsatz kamen

Im vorgenannten Zeitraum wurden insgesamt 8162 Angehörige der Kampfgruppen der Arbeiterklasse in den Bezirken alarmiert (außer Bezirke Frankfurt/Oder, Schwerin, Neubrandenburg, Rostock).

Davon wurden auf Weisung der Vorsitzenden der Bezirks- bzw. Kreiseinsatzleitungen zur Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit in den betreffenden Territorien 4631 Angehörige der Kampfgruppen zu Sicherungseinsätzen eingesetzt.

Hiervon wurden in den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Magdeburg, Leipzig und in der Hauptstadt der DDR, Berlin, 2272 Angehörige der Kampfgruppen unmittelbar gegen antisozialistische Ausschreitungen und zur Auflösung von Zusammenrottungen zum Einsatz gebracht.

Es kann eingeschätzt werden, daß die Mehrheit der zum Einsatz gekommenen Kräfte der selbständigen Züge und Hundertschaften als auch die geschaffenen Reserven eine hohe Einsatz- und Gefechtsbereitschaft zeigten.

Durch die Angehörigen der Kampfgruppen wurde immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß sie ihre ganze Kraft zur Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung einsetzen werden und fest hinter den Beschlüssen unserer Partei stehen.

Trotz dieser positiven Gesamteinschätzung ist nicht zu übersehen, daß es zu Vorkommnissen u. a. negativen Erscheinungen in KG-Einheiten gekommen ist (siehe Anlage), die die Kampf- und Einsatzbereitschaft der Einheiten beeinträchtigten.

Das zeigte sich in

- der Ablehnung des vorgesehenen Einsatzes durch einzelne Kollektive und Kampfgruppenangehörige,
- Austrittserklärungen aus der SED und den Kampfgruppen der Arbeiterklasse und in



- schwankenden Haltungen infolge der Wirkung der politisch-ideologischen Divergenz.

Nach derzeit vorliegenden Informationen der zuständigen Dienst-einheiten des MfS erklärten im Zusammenhang mit den aktions-bezogenen Einsätzen

- 336 Kampfgruppenangehörige ihren Austritt aus den Kampfgruppen
- 149 Kampfgruppenangehörige ihren Austritt aus der SED
- 346 Kampfgruppenangehörige die Ablehnung des erteilten Einsatzbefehls.

Schwerpunkte bei den bekanntgewordenen Austrittserklärungen/ Einsatzverweigerungen sind die Bezirke

Karl-Marx-Stadt	mit	230 Austritten aus den Kampfgruppen 28 Verweigerungen des Einsatzes.
Magdeburg	mit	47 Austritten aus den Kampfgruppen 208 Verweigerungen des Einsatzes
Leipzig	mit	16 Austritten aus den Kampfgruppen 85 Verweigerungen des Einsatzes.

Dabei ist zu beachten, daß in den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Magdeburg und Leipzig Kampfgruppenangehörige unmittelbar mit anti-sozialistischen Ausschreitungen konfrontiert wurden und auch der Einsatz von Kampfgruppenangehörigen zahlenmäßig am höchsten war.

Gleichzeitig ist in Rechnung zu stellen, daß die in anderen Bezirken vergleichsweise geringe Anzahl von Austritten aus den Kampfgruppen bzw. Ablehnung von Einsätzen dadurch beeinflußt wird, daß dort lediglich ausgewählte Kampfgruppenangehörige zum Einsatz kamen bzw. zu Streifentätigkeit eingesetzt oder in Reserve gehalten wurden.

Es muß auch darauf verwiesen werden, daß es bereits im Verlauf des Ausbildungsjahres 1989 und im Vorfeld der Aktion "Jubiläum 40", insbesondere im Rahmen der Ausbildungsmaßnahmen zum Thema "Sperren und Räumen von Straßen und Plätzen" in zahlreichen Bezirken zu Austritten aus den Kampfgruppen und negativen Diskussionen von Kampfgruppenangehörigen zu diesen Ausbildungsinhalten kam.



So traten z. B. im Zeitraum vom 1. 1. 1989 bis 30. 9. 1989 in den Bezirken

Dresden	213 Kämpfer
Cottbus	187 Kämpfer

aus den Kampfgruppen aus bzw. wurden ausgeschlossen. Eine definitive Aussage dazu, alle Bezirke betreffend, kann gegenwärtig noch nicht getroffen werden.

Äußerungen von Kampfgruppenangehörigen gingen dahin, daß man nicht mit dem Knüppel gegen die eigenen Kollegen bzw. Ausreisewillige vorgehen werde.

Weitere Angehörige äußerten, daß sie zu Handlungen gegen äußere Feinde bereit sind, jedoch einen Einsatz gegen feindliche Kräfte im Innern der DDR ablehnen.

Aus weiteren Einheiten liegen analoge Informationen vor, die die Haltung verschiedener Kampfgruppenangehöriger dokumentieren, wonach die Einsätze nicht im Einklang mit den Aufgaben der Kampfgruppen stünden und sie sich nicht als "Knüppelgarde" der Partei verstehen.

Ausgehend von dieser Entwicklung wurde die zentral herausgegebene Ausbildungsanleitung zum Thema "Sperrren und Räumen von Straßen und Plätzen" auf Entscheidung des Ministers des Innern und Chef der DVP kurzfristig im Mai 1989 zurückgezogen, während die Ausbildung der Kommandeure an der Zentralschule für Kampfgruppen "Ernst Thälmann" in Schmerwitz zu diesem Komplex weitergeführt wurde.

Die Vorkommnisse bei der Alarmierung und beim Einsatz der Kampfgruppen im Vorfeld und in Durchführung der Aktion "Jubiläum 40" sowie erste dazu geführte Untersuchungen lassen die Einschätzung zu, daß Kampfgruppenangehörige auf eine unmittelbare Konfrontation mit Teilen der Bevölkerung weder politisch-ideologisch noch taktisch-ausbildungsmäßig im ausreichenden Maße eingestellt und vorbereitet waren.

Die bereits genannten Verweigerungen der Einsätze und Austritte aus den Kampfgruppen und der SED belegen, daß sich ein Teil der Angehörigen mit dem Klassenauftrag der Kampfgruppen nicht vollinhaltlich identifiziert.

Als wesentliche Motive für diese Handlungen wurden bisher herausgearbeitet:

- Angst, gegen Freunde, Bekannte und Kollegen "Zwangsmaßnahmen" durchführen zu müssen, die im nachhinein zu "Repressalien"

Arbeitsaufträge zum Dokument 7:

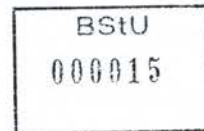
1. Ermitteln Sie im Abkürzungsverzeichnis und im Internet, was die „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ waren und welche Funktion sie im System der DDR hatten.
2. Erläutern Sie, welche Aufgabe die Kampfgruppen während der Friedlichen Revolution im Oktober 1989 erledigen sollten und ob sie, laut Quelle, dazu in der Lage waren.
3. Mitglieder der Kampfgruppen sollten nur vom Sozialismus überzeugte Menschen sein. Analysieren Sie, warum es 1989 trotzdem zu massenhaften Austritten aus den Kampfgruppen kam.

Die Einschätzung des Ministers für Staatssicherheit

Von der ZK-Tagung - und so deutlich habe ich das auch auf den genannten Politbüro-Sitzungen gestellt - wurde das alles sehr offen angesprochen. Diese Entwicklung hat in nicht geringem Maße mit dazu beigetragen, daß der Gegner, vor allem über seine elektronischen Medien, und innere feindliche, oppositionelle Kräfte Einfluß erlangten und die politische Meinungsbildung und Haltung in einigen Bereichen und Territorien immer stärker von den Auswirkungen der Angriffe beeinflußt wurde.

Ihr habt es ja selbst in Euren Berichten eingeschätzt, wie der Gegner mit seinen groß angelegten Kampagnen und Einmischungspraktiken im Zusammenhang mit der "Fluchtwelle" und den Botschaftsbesetzungen, mit seiner Reformdemagogie und seinem Geschrei nach Wiedervereinigung bei einer doch erheblichen Anzahl von Bürgern Wirkung erzielt hat und auch noch weiter erzielt.

Der Gegner glaubte, mit dem 40. Jahrestag den geeigneten Zeitpunkt gefunden zu haben, um durch das Aufgreifen und Hochspielen der sich im Innern angehäuften Probleme und die ungenügende politische Reaktion darauf Zweifel am Sozialismus und seiner Perspektive zu erzeugen, Menschen irreführen und gegen unsere Ordnung auf die Straße zu bringen.



13

Er glaubt die Zeit für gekommen, seinen strategischen Plan gegen die DDR, über den ich erst in jüngster Zeit vor diesem Kreis ausführlich gesprochen habe, in die Tat umzusetzen. Und die Entwicklung bestätigt, daß er damit auch bei uns große Wirkung erzielt hat, daß ihm ein nicht zu übersehender, nicht ernst genug einzuschätzender Einbruch gelungen ist. Deutlicher als je zuvor bestätigt sich: Es ging und geht ihm nicht nur um die Destabilisierung, sondern um die Beseitigung der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung bei uns.

Gleichzeitig soll mit den haßerfüllten Kampagnen von den Hauptfragen unserer Zeit, dem Kampf um Frieden, internationale Sicherheit und Abrüstung, aber auch von dem Anwachsen der Rechtsentwicklung, von dem Vormarsch der Neonazis und von der Reformbedürftigkeit in der BRD abgelenkt werden.

Auf dieser Welle der Hetz- und Verleumdungskampagnen, der kaum noch zu überbietenden Verschärfung des kalten Krieges gegen die DDR und begünstigt durch all das, was ich zur Entwicklung im Innern sagte, fühlten sich feindliche, oppositionelle Kräfte ermuntert, ist es ihnen gelungen, ihre bisherige gesellschaftliche Isolierung zu durchbrechen und einen wachsenden Einfluß in der Bevölkerung zu erzielen. Das betrifft besonders Teile der wissenschaftlich-technischen, medizinischen und pädagogischen Intelligenz, Kunst- und Kulturschaffende, Studenten und andere Jugendliche sowie Mitglieder befreundeter Parteien und Personen im kirchlichen Bereich.

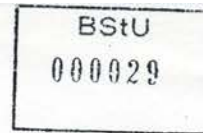
BSU
000018

17

Fest steht aber auch, daß am letzten Montag in Leipzig und anderen Städten erneut Zehntausende auf die Straße gingen. Die Zahl der Orte, in denen es zu Demonstrationen kommt, hat sich fast täglich erweitert. Die bisher unberührten Nordbezirke sind jetzt auch davon erfaßt. Die damit verbundenen großen Gefahren für erneute Konfrontationen, für die Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit sind keineswegs beseitigt. So können wir zum Beispiel auch jetzt nicht mit Bestimmtheit sagen, wie sich die Lage am kommenden Montag entwickeln wird.

Die Lage in den Städten ist weiterhin angespannt. Die Demonstrationen haben sich in vielen Fällen auf andere Städte ausgedehnt. Die Behörden sind mit der Bewältigung der Lage beschäftigt. Die Sicherheit der Bevölkerung ist zu gewährleisten. Die Behörden sind mit der Bewältigung der Lage beschäftigt. Die Sicherheit der Bevölkerung ist zu gewährleisten. Die Behörden sind mit der Bewältigung der Lage beschäftigt. Die Sicherheit der Bevölkerung ist zu gewährleisten.

Bestimmte Maßnahmen



26

Für uns als Ministerium für Staatssicherheit ist es besonders wichtig zu wissen, daß klassenbewußte Arbeiter, Funktionäre aus Staat und Wirtschaft, nicht wenige Geistesschaffende und andere staatsbewußte Bürger sich sehr nachhaltig für die Sicherung von Ruhe und Ordnung, für den Schutz unserer Er-rungenschaften, für eine friedliche Arbeit ausgesprochen ha-ben. Sie als Verbündete im Kampf für Sicherheit und Ordnung zu gewinnen und zu mobilisieren, das ist klug durch uns zu unterstützen und zu fördern.

Wir müssen die Partei informieren, wer in diesem Sinne genutzt werden kann, wer bereit ist, mit zur Beruhigung der Lage bei-zutragen. Das können auch kirchenleitende Kräfte, Kräfte aus feindlichen, oppositionellen Gruppierungen, aber auch Persön-lichkeiten des öffentlichen Lebens sein, die tatsächlich ent-sprechenden Einfluß haben.

Außerordentlich wichtig ist, eine stabile politische Lage in den Kombinat und Betrieben zu gewährleisten. Unsere bishe-rigen Erkenntnisse besagen, daß die massiven Kampagnen des Gegners und die verstärkten Aktivitäten feindlicher, opposi-tioneller Kräfte bisher zu keinen größeren Einbrüchen in der Arbeiterklasse, in den Betrieben geführt haben.

Dabei dürfen wir jedoch nicht übersehen - und das erhärten die vom Generalsekretär und von Politbüromitgliedern, Mini- stern und anderen Funktionären in Arbeitskollektiven geführ- ten Gespräche, daß unter breiten Kreisen der Arbeiterklasse große Unzufriedenheit über anstehende, nicht gelöste Probleme herrscht.

000031

28

Differenziert ist vor allem zu analysieren, auf welche Problemkreise sich die Unzufriedenheit, die Erwartungen und Forderungen sowohl bezogen auf den jeweiligen Betrieb als auch auf die gesamte Gesellschaft konzentrieren.

[Faded text block]

[Faded text block]

Ich bekräftige nochmals - wir brauchen eine politisch stabile Lage in der Arbeiterklasse, wir brauchen hohe ökonomische Leistungen in den Kombinat und Betrieben. Darauf kommt es an, und darauf haben auch wir unsere Arbeit mit auszurichten.



64

Genossen!

Und noch ein anderes Problem, was uns unmittelbar betrifft, möchte ich hier offen ansprechen.

Das MfS steht mit im Mittelpunkt der gegnerischen Angriffe. Vor allem auch von den feindlichen, oppositionellen Kräften im Innern erfolgen massierte Angriffe, in die auch andere Kräfte, zum Beispiel Kulturschaffende und Künstler, einzubeziehen versucht werden. Als äußerer Anlaß dient besonders unser Vorgehen, gemeinsam mit der VP und gesellschaftlichen Kräften, gegen die Zusammenrottungen und Gewalthandlungen dieser Kräfte und für die Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit um den 40. Jahrestag der DDR.

Selbstverständlich geht es um etwas ganz anderes. Sie wollen unser entschlossenes Handeln für die Erhaltung und Sicherung der Macht diffamieren, das Vertrauen unserer Bürger, besonders der progressiven Kräfte, zum MfS erschüttern und damit unsere Autorität und Schlagkraft untergraben.

Davon zeugen auch die provokatorischen Forderungen und Losungen bei Veranstaltungen dieser Kräfte, bei Demonstrationen, besonders in der Nähe unserer Dienstobjekte, die anonymen Gewaltandrohungen gegen unsere Objekte und Mitarbeiter und anderes mehr.

Arbeitsaufträge zum Dokument 8:

1. Erläutern Sie, worin Stasi-Minister Mielke die Ursachen für Demonstrationen und Proteste im Herbst 1989 sah. Vergleichen Sie dies mit Ihren Kenntnissen über die Ursachen der Friedlichen Revolution in der DDR. Legen Sie dazu eine schriftliche Gegenüberstellung an.
2. Erich Mielke glaubte, auch diese Krise wieder überstehen zu können. Suchen Sie den entsprechenden Abschnitt heraus und geben mit eigenen Worten wieder, welche Vorkehrungen die Stasi-Mitarbeiter für die Zeit danach treffen sollten.
3. Ergründen Sie anhand des Dokuments, welche Bevölkerungsgruppen im Oktober 1989 als erste von der revolutionären Stimmung erfasst wurden und auf die Straßen gingen. Versuchen Sie, Erklärungen dafür zu finden.
4. Erörtern Sie, warum Minister Mielke besonderen Wert auf Ruhe innerhalb der Arbeiterschaft in den Betrieben legte. Überlegen Sie, weshalb sich die Arbeiter bis Mitte November kaum an den Demonstrationen beteiligten. Stellen Sie dazu vier bis fünf Thesen auf.

Das AfNS und die beginnende Auflösung der Stasi

BStU

000061

2

4. Für unsere politisch-operative Arbeit fehlte jedoch eine eindeutige gesetzliche Regelung, wie sie Artikel 31, Absatz 2 der Verfassung fordert.
Der inoffizielle konspirative Charakter unserer Arbeit mußte deshalb besonders ausgeprägt sein.
5. In Anbetracht der Lage hat der amtierende Minister, Genosse Generaloberst Mittig, am 8. 11. 1989 entschieden, die Außenstellen der Abteilungen M mit sofortiger Wirkung zu schließen, was zur Folge hat, daß die politisch-operative Tätigkeit der Abteilungen M vorläufig eingestellt werden muß. In Ausführung dieser Weisung sind die Außenstellen unverzüglich so zu räumen, daß nichts auf Charakter und Umfang der Tätigkeit der Abteilungen M hinweist.
Die betreffenden Räume sind der Deutschen Post bzw. der Zollverwaltung der DDR mit normalem Büroinventar (Möbel) und posttypischen Geräten/Anlagen zu übergeben.
Obwohl gesetzliche Regelungen der Zollverwaltung der DDR durch uns genutzt wurden, ist gegenwärtig auch die Tätigkeit der Referate 4 (PZF) nicht mehr durchführbar.
Durch die Zollverwaltung der DDR wurden in Übereinstimmung mit uns Entscheidungen über die Bandkontrolle in deren Zuständigkeit getroffen. Die Protokolle über die an die Abteilung 4 meiner Dienstseinheit übergebenen fehlgeleiteten Postsendungen sind zur Übergabe an uns bereitzuhalten; sie werden zentral vernichtet.
6. Der Staatssekretär im MPF, Genosse Calov, hat mit Fernschreiben an die Leiter der BDP auf veränderte Arbeitsbedingungen hingewiesen und wird am 15. 11. 1989 im Rahmen einer planmäßigen Arbeitsberatung dazu weitere Informationen geben.
Analog dazu wird der Stellvertreter Operativ der Zollverwaltung der DDR, Hauptinspekteur Seidenzahl, die Stellvertreter Operativ der Bezirksverwaltungen Zoll am 10. 11. 1989 informieren.

BSU
000022

2

Liebe Genossinnen und Genossen!

Das Kollegium des Ministeriums für Staatssicherheit wendet sich in einer außerordentlich komplizierten und gefährvollen Lage mit dieser Erklärung an alle Angehörigen unseres Ministeriums.

Am 17. November 1989 wird der Vorsitzende des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Genosse Hans Modrow, in seiner Regierungserklärung vor der Volkskammer einen Vorschlag zur grundsätzlichen Neubestimmung der Aufgaben und zur Reorganisation des Ministerrates, der einzelnen Ministerien und weiterer staatlicher Organe und Einrichtungen unterbreiten.

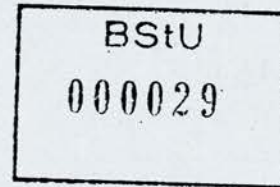
Bezogen auf das Ministerium für Staatssicherheit wird vorgeschlagen, dafür ein

Amt für Nationale Sicherheit

beim Vorsitzenden des Ministerrates der DDR zu schaffen. Damit wird das Ministerium für Staatssicherheit in Zukunft nicht mehr existieren.

Die Notwendigkeit grundlegender Veränderungen der Verantwortung und der Aufgabenstellung des Ministeriums für Staatssicherheit und der Schaffung eines Amtes für Nationale Sicherheit ergibt sich insbesondere

erstens aus dem auf der 10. Tagung des Zentralkomitees der SED unterbreiteten Aktionsprogramm der revolutionären Erneuerung des Sozialismus in der DDR. Aus diesem Programm unserer Partei und aus der Beratung der Volkskammer ist ersichtlich, daß die Erneuerung der DDR als sozialistischer Staat unter völlig neuen Bedingungen erfolgen muß. Unsere Arbeit hat konsequent den Interessen des Volkes zu dienen, sozialistischer Rechtsstaatlichkeit und Gesetzlichkeit zu entsprechen.



Zu diesen Grundsätzen werden weitere detaillierte Regelungen getroffen, die bei der Klärung der individuellen Probleme der aus dem Dienst ausscheidenden Angehörigen die Grundlage für entsprechende Entscheidungen bilden.

Für die Lösung der persönlichen Probleme ist auch bedeutsam, daß die Betriebe, Organe und gesellschaftlichen Einrichtungen entsprechend den Festlegungen der Förderungsverordnung vom 25. 3. 1982 verpflichtet sind, Angehörigen, die aus bewaffneten Organen ausscheiden, bei deren Wiedereingliederung in die zivilberufliche Tätigkeit eine umfassende Unterstützung zu geben. Das reicht von der Anrechnung der Dienstzeit auf die Betriebszugehörigkeit und die Gewährung damit verbundener Rechte, über die Unterstützung bei der Qualifizierung bis hin zur Anerkennung im **Ministerium** erworbener Qualifikationen für die zivilberufliche Tätigkeit.

Im Zusammenhang mit der Klärung von Fragen zur weiteren sozialen Sicherstellung der ausscheidenden Angehörigen ist auch zu beachten, daß durch den Beitritt zur freiwilligen zusätzlichen Altersversorgung für Mitarbeiter des Staatsapparates bzw. zur freiwilligen Zusatzrentenversicherung der Sozialversicherung Ansprüche der ehemaligen Angehörigen des MfS auf zusätzliche Alters- bzw. Invalidenversorgung unter Anrechnung der Dienstzeiten im MfS und des erzielten Mehrverdienstes erworben werden können.

Zu diesen und anderen Fragen werden die ausscheidenden Genossen individuell beraten, wie auch insgesamt alles unternommen wird, um die vielfältigen Probleme gemeinsam mit den Angehörigen zu lösen.

Die Leiter der Dienstseinheiten, die Kaderorgane werden in Zusammenarbeit mit den Parteifunktionären dabei sehr verantwortungsbewußt und sachlich alle notwendigen Maßnahmen beraten, vorbereiten und durchführen.

Abteilung XX

Halle, 1. Dezember 1989
7/sei-ki

V e r m e r k
über ein Gespräch am Landestheater Halle in Reaktion auf einen
Brief des Landestheaters (LTH) - siehe Anlage

In diesem Brief wurde ausgegangen von der Dekonspiration eines ehemaligen IM und die in diesem Zusammenhang bestehenden Fragen zur Arbeit und weiteren Perspektive dieser des ANS am Landestheater Halle aufgeworfen.

Das Gespräch fand am 30. 11. 1989 in der Zeit von 15.00 bis 16.30 Uhr im Büro des GMD [REDACTED] statt. Seitens des LTH Halle nahmen teil:

- GMD [REDACTED] - Leiter des Händelfestspielorchesters
- [REDACTED] - Sängerdarsteller, Leiter der Gruppe "theatro mobile"
- [REDACTED] - Regieassistentin Musiktheater, Volkammerabgeordnete - CDU-Mitglied
- [REDACTED] - Operndirektor.

Seitens des Bezirksamtes des ANS nahmen Gen. OSL Schulze und Unterzeichner teil. Einleitend wurde durch den Gen. Schulze Stellung zu inhaltlichen Aussagen des Briefes bezogen. Den Vertretern des LTH wurde verdeutlicht, daß die frühere Notwendigkeit der Präsenz von Mitarbeitern des MfS nicht mehr existiert, da dieser Notwendigkeit zugrunde liegende Aufgabenstellungen (Reisekader, AstA, Sicherung von Veranstaltungen) hinfällig sind. In der Diskussion wurde die Versicherung von Gen. Schulze abverlangt, daß keine "Informanten" mehr am Theater tätig sind. Andererseits wurde verdeutlicht, daß unter keinen Umständen die Quellen des MfS bzw. ANS preisgegeben werden. Dieser Standpunkt wurde akzeptiert.

Bezugnehmend auf die Stimmungen/Meinungen gegen Mitarbeiter des ANS bzw. dem Leumund als Sicherheitsorgan und seine Befugnisse machte Gen. Schulze folgende Ausführungen:

Auch bei den Mitarbeitern des ANS herrsche Enttäuschung über die bisherige Partei- und Staatsführung sowie die dem MfS übertragene Sicherheitsdoktrin, die zweifelsohne eine Allgegenwärtigkeit des MfS und damit eine Verängstigung in der Bevölkerung hervorrief.

BSU
000002

2

Bezugnehmend auf die Regierungserklärung und die bisherigen öffentlichen Verlautbarungen des Leiters des ANS wurde auf den neuen Charakter des Amtes verwiesen, der sich nicht mehr als Schild und Schwert der Partei versteht, sondern als Sicherheitsorgan der Regierung und den entsprechenden gesetzlichen Grundlagen verpflichtet ist.

Gen. Schulze benannte die zukünftigen drei Säulen der Arbeit des ANS. Auf die in diesem Zusammenhang gestellten Anfragen über die Abkehr von bisherigen Mitteln und Methoden wurde im Kontext zu subversiven Angriffen von gegnerischen Stellen und Einrichtungen im Ausland und innerer verfassungsfeindlicher Kräfte die Notwendigkeit der weiteren Anwendung konspirativer Mittel und Methoden abgeleitet, was letztendlich allgemeine Anerkennung fand.

Dabei wurde betont, daß sich die Anwendung dieser Mittel und Methoden nicht auf Andersdenkende bezieht, sofern diese ihr Handeln transparent und verfassungsgemäß gestalten.

Als Erfordernis für eine schnellstmögliche Herausbildung einer Vertrauensbasis der Bevölkerung zum ANS wurde der sofortige drastische und für jedermann sichtbare Abbau des Mitarbeiterbestandes und der materiellen Ressourcen unter Offenlegung von Zahlen gefordert. Hierzu wurde um Verständnis gebeten, keine konkreten Angaben dazu machen zu können, da dieser Prozeß auf zentraler Ebene entschieden wird.

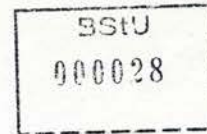
Gegen Ende des Gespräches wurde der Vorschlag durch die Angehörigen des LTH erbracht, daß eine solche Diskussion und klare Stellungnahme durch Mitarbeiter des ANS vor einem größeren Rahmen stattfinden solle. Es wurde die Vereinbarung erzielt, daß Gen. OSL Schulze und Unterzeichner bereit sind, vor der Spartenvertretung aufzutreten, falls durch diese der entsprechende Wunsch besteht. Zum Zwecke der Entgegennahme der Einladung wurde die Dienstapparat-Nr. des Unterzeichners mitgeteilt.

Einschätzung des Verlaufes des Gespräches:
Das Gespräch verlief in einer offenen, kritischen und sachlichen Atmosphäre. An der Diskussion beteiligten sich alle Anwesenden. Es wurde Übereinstimmung erzielt über die weitere Notwendigkeit und Existenzberechtigung eines Sicherheitsorganes.


Schulze
OSL


Seidel
Oltn.

BV Halle



(vorläufige) Grundsätze für die inhaltliche und methodische Gestaltung der Arbeit mit IM

Im Zusammenhang mit der erforderlichen grundlegenden Neubestimmung der Verantwortung und Aufgabenstellung des Amtes für Nationale Sicherheit sowie unter Berücksichtigung der entstandenen inneren Realisierungsbedingungen für die Durchführung der künftigen operativen und fachlichen Aufgaben sind folgende grundsätzliche Orientierungen und Maßnahmen zur inhaltlichen und methodischen Gestaltung der Arbeit mit IM durchzusetzen:

1. Grundsätze für die Arbeit mit IM

Die Arbeit mit IM ist vorgangs- und personenbezogen durchzuführen.

Die vorgangs- und personenbezogene Arbeit mit IM hat unter Berücksichtigung der operativen Realisierungs- und Lagebedingungen im operativen Zuständigkeits- bzw. Handlungsbereich in Abstimmung und Koordinierung mit den für die operativen Hauptaufgaben verantwortlichen Hauptabteilungen/selbst. Abteilungen des AfNS Berlin bzw. Fachabteilungen der Bezirksämter in nachfolgenden Einsatzrichtungen zu erfolgen:

- Aufklärung der gegen die Sicherung des Friedens sowie die innere und äußere Sicherheit der DDR gerichteten gegnerischen Pläne, Absichten und Aktivitäten (Aktionen)
 - Aufklärung und Abwehr der von Geheimdiensten fremder Mächte ausgehenden Angriffe und Aktionen gegen politische, ökonomische und militärische Bereiche (Spionageabwehr)
 - Aufklärung und Bekämpfung von äußeren und inneren Kräften ausgehender verfassungsfeindlicher und verfassungswidriger Angriffe gegen die staats- und gesellschaftspolitischen Grundlagen
- (oder ...: ~~ausgehender Angriffe und Aktivitäten gegen die verfassungs- und staatspolitischen Grundlagen~~)
- Aufklärung und Abwehr verfassungsfeindlicher bzw. gegen die ökonomischen Interessen der DDR gerichteter Angriffe auf die Volkswirtschaft, das Verkehrs-, Post- und Fernmeldewesen bzw. das gesellschaftliche und staatliche Eigentum

3



2. Sofortmaßnahmen

In allen IM-führenden Dienstseinheiten ist entsprechend den unter Ziff. 1 genannten Grundsätzen eine Analyse des vorhandenen IM/GMS-Bestandes (einschließlich der IM-Vorläufe ?) mit dem Ziel vorzunehmen, die erforderlichen Entscheidungen über die Fortsetzung der Zusammenarbeit, deren zeitweilige Unterbrechung bzw. Beendigung vorzubereiten und eine exakte Übersicht über die künftig verfügbare operative Basis zur Realisierung der dem Amt für Nationale Sicherheit übertragenen Hauptaufgaben zu gewährleisten.

Die Leiter der Dienstseinheiten des AfNS Berlin sowie die Leiter der Bezirksämter haben entsprechend den konkreten Realisierungsbedingungen, insbesondere unter Beachtung der in meinem Schreiben vom 22. 11. 1989 (GVS o008 - 26/89) festgelegten Maßnahmen, in eigener Zuständigkeit Festlegungen zur Organisation und Durchführung der Bestandsaufnahmen zu treffen.

2.1. Entscheidungen über die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit IM

Ausgehend von

- der Notwendigkeit der weiteren Zusammenarbeit
- dem Vorhandensein einer tragfähigen Bindung an das Amt für Nationale Sicherheit
- der aktuellen Bereitschaft und den zu Grunde liegenden Motiven des IM für die Fortsetzung der konspirativen, vorgangs- und personenbezogenen Zusammenarbeit sowie
- dem Vorliegen gesicherter Erkenntnisse über die Zuverlässigkeit, Standhaftigkeit und Ehrlichkeit sowie die objektiven Voraussetzungen und subjektive Eignung

sind zu jedem IM, mit dem die Zusammenarbeit fortgesetzt werden soll, Entscheidungsvorschläge zu erarbeiten und der für die künftige Haupteinsatzrichtung zuständigen Fachabteilung zu übersenden.

(evtl. Festlegung über Aufbewahrung ...)

Die Leiter der Fachabteilungen haben eine Abstimmung der künftigen Auftragsstruktur und die Grundsätze der Instruierung des IM mit den Leitern der IM-führenden Dienstseinheit sowie die ständige aufgabenbezogene Anleitung, Hilfe und Unterstützung der Führungsoffiziere zu gewährleisten.

SSU

000031

2.2. Zeitweilige Unterbrechung bzw. Beendigung der Zusammenarbeit mit IM

Zu allen IM, mit denen die konspirative Zusammenarbeit fortgesetzt werden soll, sind unter Beachtung der konkreten Einsatzbedingungen und -umstände exakte Festlegungen über die Differenzierung der Treffintensität bzw. gegebenenfalls über die Einschränkung der persönlichen Verbindungsaufnahme zu treffen.

Die zeitweilige Unterbrechung der Zusammenarbeit ist vorrangig zu

- IM-Vorgängen der Kategorien IMB und IME
 - anderen IM-Vorgängen, besonders mit Einsatzrichtungen
 - . Arbeit im und nach dem Operationsgebiet bzw.
 - . Bearbeitung innerer Feinde
 - IM-Vorgängen zu gesellschaftlichen/politischen Schlüsselpositionen, gewählten Volksvertretern, leitenden Mitarbeitern staatlicher Organe, Funktionären von Parteien und Organisationen
- ⊗ → zu prüfen, wenn perspektivisch eine weitere Zusammenarbeit erfolgen soll und das aus Gründen des Schutzes, der Konspiration und Sicherheit der IM gegenwärtig notwendig ist.

Mit diesen IM sind konkrete Vereinbarungen über die Wiederaufnahme der Zusammenarbeit sowie über die Gewährleistung einer kurzfristigen Herstellung der Verbindung (auch durch einen anderen Führungsoffizier) zu treffen.

Die Beendigung der Zusammenarbeit mit IM hat zu erfolgen, wenn

- Hinweise auf (fortgesetzte ?) Unehrllichkeit, Unzuverlässigkeit oder Dekonspiration vorliegen
- seitens des IM die Fortsetzung der konspirativen Zusammenarbeit abgelehnt wird
- auf Grund der vorliegenden Erkenntnisse über die objektiven Voraussetzungen und subjektiven Eignung eine Fortsetzung der konspirativen Zusammenarbeit entsprechend den unter Ziff. 1 festgelegten Haupteinsatzrichtungen nicht möglich bzw. notwendig oder zweckmäßig ist.

(evtl. Festlegung zur Archivierung)

⊗ ⊗ →



2.3. Entscheidungen zu GMS, IM-Vorläufen und Auskunfts- bzw. Kontaktpersonen

Die Zusammenarbeit mit GMS, IM-Kandidaten und Auskunfts- bzw. Kontaktpersonen ist grundsätzlich zu beenden.

Eine Fortsetzung der Zusammenarbeit ist nur dann zulässig, wenn

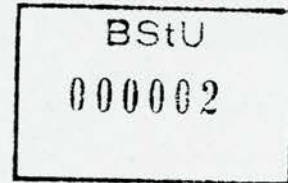
- sie zur Realisierung der dem Amt für Nationale Sicherheit übertragenen Hauptaufgaben, insbesondere zur vorgangs- und personenbezogenen Arbeit oder zur Sicherung der Konspiration und des Verbindungswesens, benötigt werden und die objektiven und subjektiven Voraussetzungen für die Werbung als IM entsprechend den unter Ziff. 2.1. festgelegten Kriterien nachgewiesen sind.
- die bisherige Zusammenarbeit/Nutzung legendiert bzw. "unter fremder Flagge" erfolgte und unter Beachtung strengster Geheimhaltung und Konspiration fortgesetzt werden kann und für die Lösung der künftigen Aufgaben des AfNS keine anderen Möglichkeiten bestehen.

(evtl. Festlegung über die weitere Verfahrensweise in Bezug auf zuverlässige Auskunftspersonen/Quellen zur Realisierung von Ermittlungen - Linie VIII)

Arbeitsaufträge zu den Dokumenten 9, 10, 11 und 12:

1. Informieren Sie sich im Abkürzungsverzeichnis und im Internet über die Aufgaben der Stasi-Abteilung „M“. In welchen Gebäuden befanden sich ihre Außenstellen?
Nennen Sie die Argumente, mit denen die Einstellung der Arbeit dieser Abteilung begründet wurde.
2. Erläutern Sie, welche Auswirkungen die Umwandlung des MfS in das AfNS für viele Stasi-Mitarbeiter hatte. Auf welche Weise wollte die Stasi das Arbeitsplatzproblem für ehemalige Mitarbeiter lösen?
3. Fassen Sie anhand des Dokuments 11 zusammen, worin die angeblich wichtigsten Neuerungen beim AfNS (ANS) bestanden.
4. Dokument 12 ist ein mit Bleistiftnotizen versehener Entwurf der Leitung des AfNS. Untersuchen Sie anhand dieses Dokuments, mit welchen Spitzeln das neue Amt nicht mehr zusammenarbeiten wollte.
5. Setzen Sie sich mit der 1989 oft zu hörenden Auffassung auseinander, das AfNS sei nur ein Etikettenschwindel gewesen, um die Stasi über die Krisenzeit zu retten.
Schreiben Sie auf, was dafür und dagegen spricht.
Bilden Sie sich dann eine abschließende Meinung und begründen Sie diese.

Die Besetzung der Stasi-Dienststellen in den Bezirken und Kreisen



AUFRUF

Die Vertreter der Neuen gesellschaftlichen Gruppen und Parteien wenden sich an alle Bürgerinnen und Bürger der DDR.

Wir haben erfahren, daß angesichts der Staatskrise

- wichtige Finanzwerte und Sachwerte ins Ausland verbracht werden
- wesentliche Akten und Daten vernichtet werden
- verantwortliche Personen sich ins Ausland abzusetzen versuchen.

Diese Absatzbewegungen und Verschleierungsversuche müssen verhindert werden!

Bürgerinnen und Bürger!

Ihr wißt, in welchen Betrieben, Banken und Institutionen die Möglichkeiten zu solchen Praktiken gegeben sind.

Wir wenden uns insbesondere an die Mitarbeiter der zum Bereich Kommerzielle Koordinierung gehörenden Betriebe.

Ruft Belegschaftsversammlungen zusammen, die Kontrollgruppen für die Verhinderung solcher Machenschaften einsetzen.

Informiert die Deutsche Volkspolizei und die Öffentlichkeit!

Verständigt Euch mit anderen Betrieben und mit Bürgerbewegungen Eures Vertrauens!

Beschließt wo nötig gemeinsame Kontrollmaßnahmen und sorgt für deren Öffentlichkeit!

Wir haben eine unabhängige Untersuchungskommission gebildet, die mit der Regierung Modrow zusammenarbeitet und dringend alle Informationen braucht!

Wir haben die Regierung Modrow aufgefordert, Eure Bürgerkontrolle in Wirtschafts- und Staatsapparat zu unterstützen.

Nach wie vor gilt: Keine Gewalt!

Nutzt für Berlin das Informationstelefon: Nummer: 28 28 403/ 425

Adresse: Sophienstraße 19, und wendet Euch direkt an das Präsidium der Deutschen Volkspolizei Berlin, Tel.Nr.: 24 722 15.

Initiativgruppe 4. 11. der Theater- und Kulturschaffenden Berlins -
SDP - Neues Forum - Demokratischer Aufbruch - Demokratie jetzt -
Initiativgruppe Wissenschaft Akademie der Wissenschaft und Initiative
Frieden und Menschenrechte.

BSU
000003

Abschrift eines Fernschreibens des Leiters des Amtes
für Nationale Sicherheit an alle Leiter der Bezirks-
und Kreisämter

Ab sofort ist jegliche Vernichtung und jeglicher Transport,
einschließlich Kurierfahrten von dienstlichen Unterlagen,
zu stoppen.

Es ist alles zu tun, um die erforderliche Sicherheit der
noch in den Ämtern vorhandenen Dokumente zu gewährleisten.

Schwanitz
Generalleutnant

BStU
000004

Abschrift eines Fernschreibens des Leiters des Amtes für Nationale Sicherheit an alle Leiter der Bezirks- und Kreisämter

Am heutigen Tage drang eine große Menschenmenge gewaltsam in das Bezirksamt Erfurt ein. Weitere Objekte sind bedroht.
Die Situation ist noch nicht bereinigt.

Aus diesem Anlaß wird angewiesen, sofort alle möglichen zusätzlichen Maßnahmen einzuleiten, um die Objektsicherung zu verstärken und kurzfristig zusätzliche Sperrmaßnahmen durchzusetzen.

Der Zutritt unberechtigter Personen ist unbedingt zu verhindern.
Es sind alle zur Verfügung stehenden Mittel, Löscheinrichtungen und übergebenen speziellen Mittel - außer gezielte Schußwaffenanwendung - zum Einsatz zu bringen.

Alle verfügbaren Kräfte sind auf diese Situation einzustellen und entsprechend zu orientieren, um die vorgenannte Aufgabe voll durchzusetzen.

Mit der Deutschen Volkspolizei sind weitere Abstimmungen zum Einsatz zusätzlicher Kräfte herbeizuführen.

Schwanitz
Generalleutnant

103650

TELEGRAMM
(Nichtzutreffendes streichen)

Alt 326/89 11.24

BSIU
000001
AUSGANG
Fu/FS-Nr.:

EINGANG

Dringlichkeit GKS GVS VVS

Absender: Amt für Nationale Sicherheit, Leiter

Empfänger: alle BÄfNS, KÄfNS, Leiter

69

Berlin, den 5.12.89 197

BdL/347/89
"Dokumentenverwaltung"

In den letzten Stunden hat sich die Lage weiter zugespitzt. Vor allem der Druck auf das AfNS und alle seine Dienststellen hat zugenommen.

In fast allen BÄfNS und KÄfNS haben Bürger versucht, in die Gebäude und Räume einzudringen, um die Vernichtung und den Transport von Dokumenten zu verhindern. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf mein Schreiben vom 4. 12. 1989, in dem ich jegliche Vernichtung und jeglichen Transport von Dokumenten und Unterlagen untersagt habe.

In einigen Dienststellen des AfNS mußte auf die Forderungen nach Betreten und Besichtigen sowie damit im Zusammenhang auf Versiegelung von Räumen und Panzerschränken eingegangen werden.

Einige Objekte des AfNS werden bereits von Angehörigen der VP sowie Mitgliedern von Bürgerrechtsbewegungen bewacht. Gleichzeitig erfolgt eine Kontrolle der Personen- und Fahrzeugbewegung.

Mit einer weiteren Zuspitzung der Lage und den verstärkten Versuchen des gewaltsamen Eindringens in die Objekte des AfNS ist zu rechnen.

Deshalb weise ich erneut daraufhin, daß mit allen Personen das Gespräch zu suchen ist.

In den Gesprächen sind die Aufgaben des AfNS und die daraus resultierenden Sicherheitserfordernisse zu erläutern. Dabei ist auch darauf zu verweisen, daß wir nicht gegen die Kontrolle unserer Arbeit sind. Die Spezifik unserer Arbeit verlangt aber auch spezifische Kontrollmethoden.

Gleichzeitig sind Ihnen meine Weisungen zur Vernichtung und zum Transport von Dokumenten zu erläutern.
die am 4.12.89 außer Kraft gesetzt wurden

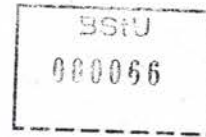
M
U

Bleiben die Forderungen bestehen bzw. erhöht sich der Druck weiter, um gewaltsam in die Objekte einzudringen, ~~ist~~ *Kräfte* gemeinsam mit dem Militärstaatsanwalt, Angehörigen der VP, Abgeordneten und Wählern der Bürgerrechtsbewegungen (z. B. Sprechergruppen) eine Begehung des Objektes vorzunehmen *genommen werden.*

FA 4099

Durchschläge/Durchschriften: Stck. Geschrieben: Gesehen:

Eingangsdatum: Uhrzeit: Anfang: Ende: Nachr.-Sachbearb.:



Hinweise zum Zusammenwirken des Amtes für Nationale Sicherheit,
des Ministeriums für Innere Angelegenheiten und der Staatsanwälte
auf den verschiedenen Ebenen

Am 4. Dezember 1989 verschafften sich in mehreren Bezirken (Erfurt, Leipzig, Rostock) und Kreisen Vertreter von Bürgerbewegungen Zutritt zu Dienstobjekten der Bezirks- und Kreisämter. Sie wurden in der Regel von Staatsanwälten, z. T. auch von Angehörigen der DVP (leitende Angehörige von VPKÄ, Angehörige der Kriminal- und der Schutzpolizei) begleitet.

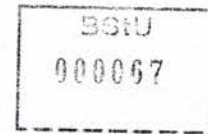
Durchgeführte Handlungen wie das Blockieren der Zu- und Ausgänge, die Kontrolle von Pkw sowie von Taschen der Angehörigen der Ämter, das Versiegeln von Stahlblechschränken und Zimmern (in einem Falle des gesamten Kreisamtes), das Aufstellen von "Wachen" innerhalb der Gebäude sowie an den Zu- und Ausgängen führten zur erheblichen Beeinträchtigung der Dienstdurchführung bzw. zur Handlungsunfähigkeit der Ämter.

Gegen Forderungen der eingedrungenen Personen, in Archive u. a. Unterlagen der Ämter, einschließlich Staatsgeheimnissen und anderen geheimzuhaltenden Informationen, Einsicht zu nehmen, wurde durch die Staatsanwälte und Angehörigen der DVP nicht mit der notwendigen Konsequenz eingeschritten.

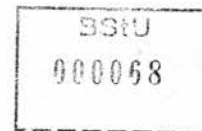
In einigen Fällen erklärten sich Dienststellen der DVP außerstande, den Ersuchen von Ämtern um Maßnahmen zum Schutz von Objekten zu entsprechen.

Diese Erscheinungen machen deutlich, daß das Zusammenwirken unserer Organe gegenwärtig nicht den Erfordernissen entspricht und Entwicklungen Vorschub leistet, die zu Gesetzlosigkeit und Anarchie führen können.

Erscheinungen von Gewalttätigkeit in diesem Zusammenhang können künftig nicht ausgeschlossen werden.



- Auf Grund der bestehenden Lage ist es mehr denn je erforderlich, daß zur Gewährleistung nationaler Sicherheit, öffentlicher Ordnung und Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit, das vertrauensvolle Zusammenwirken der Schutz-/Sicherheits- und Rechtspflegeorgane unter allen Bedingungen gut funktionieren muß.
- Über bekanntgewordene Hinweise zu massiven Gesetzesverletzungen, dazu gehört auch das gewaltsame Eindringen Unbefugter in Objekte unserer Organe, sollte unverzüglich eine gemeinsame Verständigung erfolgen und auch gemeinsame Schritte überlegt und durchgeführt werden, wie die Rechtsstaatlichkeit gewährleistet, Staatsgeheimnisse geschützt, Anarchie und Gesetzlosigkeit unterbunden werden können; auf jeden Fall wäre immer zu prüfen, wie mit Kräften von Bürgerbewegungen auch eine Sicherheitspartnerschaft in dieser Hinsicht angestrebt werden kann.
- Daß ein Auseinanderdividieren der Schutz- und Sicherheits- sowie Rechtspflegeorgane erhebliche Gefahren für die Rechtssicherheit mit sich bringt, muß nicht besonders hervorgehoben werden; die gegenseitige Unterstützung oder Amtshilfe vor Ort ist deshalb unerläßlich; seitens der zuständigen Staatsanwälte wäre zu gewährleisten, daß in ihre Untersuchungs- und Ermittlungshandlungen keine unbefugten Personen einbezogen werden; soweit es erforderlich ist, daß gemeinsam mit Staatsanwälten Abgeordnete der Volksvertretungen, ihrer Organe und Mitglieder von Kommissionen die Objekte von Ämtern betreten, müßte dies in jedem Falle zuvor mit dem Objektverantwortlichen abgestimmt werden;
unter strikter Beachtung des Geheimnisschutzes müßte gesichert werden, daß diesen Personen nur solche Tatsachen zur Kenntnis gelangen, für die sie kompetent sind (Fragen der Wohnraumlentkung, Bausubstanz, Ver- und Entsorgung, Umweltprobleme u. ä.)



3

- Von den Organen der Deutschen Volkspolizei wäre zu erwarten, daß sie in den Objekten nicht solche Handlungen vornehmen, die in die Aufgaben und Befugnisse der Ämter eingreifen und einen geordneten Dienstablauf behindern; Ersuchen der Ämter für Nationale Sicherheit um Amtshilfe, insbesondere bei Handlungen des Hausfriedensbruches und bei Gefahren der Verletzung der Festlegungen über den Geheimnisschutz, wäre grundsätzlich zu entsprechen.

Arbeitsaufträge zu den Dokumenten 13, 14 und 15:

1. Anfang Dezember besetzten Bürgerinnen und Bürger der DDR viele Stasi-Dienststellen.
Was war der Auslöser für diese Aktionen?
Überlegen Sie, warum die Häuser der Staatssicherheit erst zu diesem Zeitpunkt besetzt wurden.

2. Beschreiben Sie die Reaktionen der Leitung des AfNS auf die Ereignisse am 4. und 5. Dezember 1989.
Erörtern Sie die Gründe für das Zurückweichen der Stasi-Mitarbeiter in den Bezirken und Kreisen der DDR.

3. Im Dokument 15 beklagt die Staatssicherheit die schlechte Zusammenarbeit mit der Volkspolizei Anfang Dezember 1989.
Geben Sie mit eigenen Worten wieder, welche Punkte bemängelt wurden.

4. Jahrzehntlang waren die DDR-Behörden, wie die Volkspolizei, gezwungen, sich nach Anweisungen der Stasi zu richten.
Diskutieren Sie, warum diese ungeschriebene Regel seit Anfang Dezember 1989 nicht mehr funktionierte.

**Wohin mit den Akten und den
entlassenen Stasi-Mitarbeitern?**

103655

Ministerrat
der Deutschen Demokratischen RepublikBerlin, 7. 12. 1989
BdL/359/890059 BSIU
090001

Fernschreiben an
die Beauftragten des Vorsitzenden des Ministerrates

1. Der Ministerrat hat die Tätigkeit der Beauftragten des Vorsitzenden des Ministerrates bestätigt und dankt ihnen und allen Partnern des Zusammenwirkens für die bisherige Arbeit.
2. Der Ministerrat hat in seiner Sitzung am 07. 12. 1989 folgendes festgelegt:
 - Die Regierung verurteilt das unberechtigte Sammeln von Informationen durch das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit und verbietet ein Fortsetzen derartiger Praktiken.
 - Die Regierung bekräftigt das Erfordernis des Schutzes von Staatsgeheimnissen und wendet sich gegen ein Offenlegen von Staatsgeheimnissen, die die nationale Sicherheit gefährden.
 - Die Regierung beauftragt den Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit, die unberechtigt angelegten Dokumente unverzüglich zu vernichten. Das Vernichten hat unter Aufsicht von Beauftragten der Regierung, der örtlichen Staats- und Rechtspflegeorgane und gegebenenfalls Vertretern der Öffentlichkeit zu erfolgen.
 - Der Minister für Innere Angelegenheiten und die Vorsitzenden der örtlichen Räte werden beauftragt, die öffentliche Ordnung und Sicherheit und die Arbeitsfähigkeit der örtlichen Staatsorgane zu gewährleisten.
3. In der gemeinsamen Arbeit der Beauftragten des Vorsitzenden des Ministerrates mit den Vertretern örtlicher Staatsorgane und Bürgervertretern ist nach dem Grundsatz des Vertrauens und der gegenseitigen Achtung sowie unter Gewährleistung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit und der Wahrung des Geheimnisschutzes auszugehen.



Berlin, den 8. 12. 1989

BSTU
0162

Fernschreiben

an die Beauftragten des Vorsitzenden des Ministerrates

Mit Billigung des Vorsitzenden des Ministerrates teile ich mit:

1. Die im Fernschreiben vom 7. 12. 1989, Pkt. 2 Abs. 3 getroffene Festlegung wird außer Kraft gesetzt. Es gilt das Prinzip, das Material sicherzustellen und bei Notwendigkeit zu archivieren.
2. Da aus technischen und organisatorischen Gründen eine ständige Aufbewahrung der gesicherten Dokumente nicht möglich ist, sind zur Vorbereitung der Sichtung und zur Herbeiführung von Entscheidungen über die weitere Verwendung des Schriftgutes autorisierte Gruppen vorzubereiten. Ihr sollten Vertreter örtlicher Staats-, Rechtspflegeorgane und Vertreter von Bürgergruppen angehören.
3. Durch den Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit sind Festlegungen zur Auflösung der Kreisämter getroffen. Über die Verwendung freiwerdender Objekte entscheiden die örtlichen Räte .
4. Die Beauftragten des Vorsitzenden des Ministerrates können in Abhängigkeit von der territorialen Lage ihre Tätigkeit am Wochenende zeitweilig unterbrechen. Die zeitweilige Unterbrechung ist dem Informationszentrum im Ministerrat mitzuteilen und dabei ein kurzer Zwischenbericht zu übermitteln.

Am 11. 12. 1989, 09.00 Uhr findet im Amtssitz des Ministerrates, Raum 229 gemeinsam mit den beiden beteiligten Genossen eine Auswertung der bisherigen Tätigkeit und die Entgegennahme neuer Aufträge statt.

Halbritter

BSU
000070

00070

Hinweise für die Dienstbesprechung am 8. 12. 1989, 17.00 Uhr

Es ist zu erwarten, daß in kürzester Frist ein Beschluß des Ministerrates die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit bestimmen wird.

Dies hat zur Folge, daß eine erheblich größere Anzahl von Mitarbeitern als bisher vorgesehen, keine weitere Dienstverwendung mehr finden kann.

Die geltenden Regelungen zur sozialen Sicherstellung der aus dem Amt ausscheidenden Mitarbeiter werden durch einen Beschluß des Ministerrates ausdrücklich bestätigt.

Die Sicherung der Dienstobjekte wird voraussichtlich ab 9. 12. 1989 durch Kräfte der Deutschen Volkspolizei und eventuell unter Mitwirkung von Vertretern der Bürgerrechtsbewegungen erfolgen.

Durch grundsätzliche Festlegungen des Ministerpräsidenten wird die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit unter öffentlicher Kontrolle und unter Gewährleistung des Quellen- und des Geheimnisschutzes geordnet durchgeführt (siehe Dokument des Genossen Generalmajor Braun).

Ausgehend von dieser Lage werden folgende Festlegungen getroffen:

1. Die Innensicherung der Dienstobjekte erfolgt durch Kräfte des Büros der Leitung und die durch die Dienstseinheiten zur Verfügung stehenden Mitarbeiter. Verantwortlich für die Sicherung der von ihnen genutzten Gebäude sind die betreffenden Dienstseinheiten. Die erforderlichen Abstimmungen zwischen den Dienstseinheiten, welche Häuser gemeinsam nutzen, sind sicherzustellen.

2. Die Mitarbeiter, welche nicht für die Erfüllung von Aufgaben der geordneten Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit benötigt werden, sind mit Wirkung vom 11. 12. 1989 zu beurlauben. Die erforderlichen Verbindungen zu diesen Mitarbeitern für die gegenseitige Übermittlung von Informationen sind zu gewährleisten.

*fall
Zaphaus.*

Durch die Leiter der Dienstseinheiten sind die personellen Entscheidungen unter dem Gesichtspunkt zu treffen, daß lediglich die für die Aufgaben der Sicherung und Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit unbedingt notwendigen Mitarbeiter im Dienst verbleiben.

3. Die zentral und in den Dienstseinheiten ablaufenden Maßnahmen zur Eingliederung der Mitarbeiter in zivile Tätigkeiten sind beschleunigt weiterzuführen.

4. In den Dienstseinheiten sind geeignete Leiter und Mitarbeiter zu bestimmen, die gemeinsam mit dem Kaderorgan die erforderlichen Entscheidungen zur weitergehenden Freisetzung von Mitarbeitern für zivile Tätigkeiten treffen. Die für diese Aufgaben benötigten Mitarbeiter des Kader- und des Finanzorgans sind unbedingt im Dienst zu belassen.

Arbeitsaufträge zu den Dokumenten 16 und 17:

1. Die beiden Telegramme wurden innerhalb von 24 Stunden geschickt.
Vergleichen Sie die Inhalte und benennen Sie die wichtigsten Unterschiede.
Diskutieren Sie, was die Gründe dafür gewesen sein könnten.

2. Ministerpräsident Modrow hatte die Schaffung des Amtes für Nationale Sicherheit (AfNS) Mitte November initiiert.
Finden Sie Motive, warum er das Amt nur drei Wochen später wieder fallen ließ!

3. Auf einer der letzten Dienstberatungen im AfNS musste der Leiter große Veränderungen verkünden (Dok. 17).
Geben Sie die wichtigsten Veränderungen mit eigenen Worten wieder.

4. An den Rand der „Hinweise“ hatte ein Stasi-Mitarbeiter geschrieben: „Zoll, Passkontrolle[olle]“.
Entwickeln Sie Szenarien, aus denen hervorgeht, was die Staatssicherheit vorhatte.
Bedenken Sie dabei, dass eine große Entlassungswelle von Stasi-Mitarbeitern bevorstand.

5. Erläutern Sie, warum ab dem 9. Dezember Volkspolizisten und Vertreter der Bürgerbewegung die Sicherung aller Stasi-Dienststellen übernehmen sollten.

Was wird aus den ehemaligen Stasi-Mitarbeitern?

Amt für Nationale Sicherheit
Lagezentrum

Berlin, 15. 12. 1989

BSU
000147

Bericht über die Lage in den Bezirksämtern für Nationale Sicherheit
sowie im Zusammenhang mit der Auflösung der Kreisämter für Nationale
Sicherheit

Die Arbeitsfähigkeit der Bezirksämter (BÄ) ist gegenüber dem Vortag im wesentlichen unverändert.

Von den 209 Kreisämtern (KÄ) und 7 Objektdienststellen (OD) sind 213 KÄ/OD aufgelöst (98,6 %).

Die Räumung des KA Leipzig-Stadt wurde am 14. 12. 1989 begonnen, konnte jedoch aufgrund des Umfangs des auszulagernden Schriftgutes noch nicht abgeschlossen werden. In den noch nicht aufgelösten KÄ Jena und Greifswald bestehen die bekannten Gründe weiterhin (siehe Bericht vom 14. 12. 1989).

Die Nachrichtenverbindungen der BÄ zum AfNS sind bis auf die im Bericht vom 14. 12. 1989 genannten und weiter bestehenden Einschränkungen in den BÄ Dresden und Erfurt stabil. Der Fernschreib-/Chiffrierverkehr mit dem BA Dresden kann außerhalb der begrenzten Zeit über die NVA, 7. Panzerdivision, unter Nutzung einer Kurierverbindung gesichert werden.

Von den gegenwärtig bis zum 31. 12. 1989 zur Entlassung vorgesehenen 3 215 Mitarbeitern des AfNS und 3 500 Mitarbeitern der BÄ wurden 620 bzw. 300 zum Zoll vermittelt.

Eine detailliertere Aufschlüsselung der kadermäßigen Reduzierung ist zur Zeit noch nicht möglich.

Die Situation unter den Mitarbeitern der ehemaligen KÄ und der BÄ ist weiterhin äußerst gespannt. Kritisiert wird vor allem die überstürzte Aktion zur Auflösung der KÄ. Die unter den Mitarbeitern verbreitete Ungewißheit über ihre weitere Perspektive innerhalb oder außerhalb der BÄ - fehlende Aussagen, wieviel Mitarbeiter künftig noch benötigt werden - hat zu einem verstärkten Abgang vor allem von Spezialisten geführt. Zum Teil ist die Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit von Objekten bereits eingeschränkt.

Die Probleme bei der Beschaffung von geeigneten Arbeitsplätzen für aus den Ämtern ausscheidende Mitarbeiter halten an. Überwiegend sind fünf oder mehr Rücksprachen notwendig, bevor eine neue Arbeitsstelle gesichert ist.

Durch die Mitteilung über die Auflösung des gesamten AfNS in den Massenmedien hat sich die Unruhe unter den Mitarbeitern noch verstärkt.

Zum Teil herrscht unter den Mitarbeitern Angst, von Untersuchungskommissionen wegen ihrer Tätigkeit im ehemaligen MfS zur Verantwortung gezogen zu werden.

Am 14. 12. 1989 wurden gegen den stellvertretenden Leiter des BA Schwerin, OSL Reinel, ein Ermittlungsverfahren mit Haft wegen Verdachts der Urkunden- und Aktenvernichtung und gegen den ehemaligen Leiter des BA Schwerin, Generalmajor Korth, ein Ermittlungsverfahren mit Haft gemäß § 206 StGB (unbefugter Waffen- und Sprengmittelbesitz) eingeleitet. Dazu wurde die Öffentlichkeit durch Vertreter des "Neuen Forum" auf einer Pressekonferenz informiert.

BStU
000148

2

Im Objekt der Bauakademie der DDR in Berlin-Hohenschönhausen, Plauener Straße 163 - 165, wurde ein Schreiben an der Aushängetafel mit folgendem Text festgestellt:

"Für ein sauberes Hohenschönhausen - Stasi raus".

Darunter befindet sich eine Aufstellung von Objekten des ehemaligen MfS (Ledigenwohnheime, private Wohnhäuser und Dienstobjekte). Der geforderten sofortigen Räumung der Objekte stimmten ca. 25 - 30 Personen unterschriftlich zu.

Weiterhin anhaltend sind Auffassungen von nicht organisierten Bürgern sowie Vertretern neu gegründeter Parteien und Bewegungen, die sich gegen die vollständige Auflösung der KÄ aussprechen. In diesem Zusammenhang wird auf verstärkte Erscheinungen und Tendenzen des Neofaschismus und des zu erwartenden Drogenmißbrauchs verwiesen.

Vertraulich äußerte ein Mitarbeiter einer Botschaft eines NATO-Staates, daß kein Geheimdienst der Welt so mit sich umgehen lasse, wie das zur Zeit in der DDR geschehe.

Am 14. 12. 1989 wurde in Berlin-Lichtenberg, Marie-Curie-Allee, einem Mitarbeiter des AfNS ein Flugblatt übergeben, in dem für den 18. 12. 1989, 15.00 Uhr, zu einer Demonstration zum Objekt des AfNS, Magdalenenstraße, aufgerufen wurde.

In diesem Flugblatt wird u. a. gefordert

- die unverzügliche Übergabe des gesamten Objektes an das Gesundheitswesen der Hauptstadt,
- die Umschulung und Resozialisierung der ehemaligen Mitarbeiter.

(siehe Anlage)

Anlage

Übersicht über übergebene
Kreisämter/Objektdienststellen



2

wurden, ohne daß mit rechtlichen Mitteln dagegen vorgegangen wird.

2. Am 21. 12. 1989 wurde im VEB Wohnungsbaukombinat Halle-Neustadt, Abteilung Wissenschaft und Technik der als Anlage beigefügte Text, der sich gegen das ehemalige MfS und dessen patriotische Kräfte richtet, zum Aushang gebracht. Im Verlauf des Tages erfolgte die Unterzeichnung durch mehrere Mitarbeiter dieses Bereiches.
3. Am 22. 12. 1989 wurde einem ehemaligen Mitarbeiter des Kreisamtes Halle durch den Bereichsleiter Hauptauftragnehmer im VEB Rationalisierung Halle mitgeteilt, daß der abgesprochene Arbeitsvertrag zum Einsatz als Objektingenieur in diesem Bereich nicht erfolgen kann, da die 8 Beschäftigten des Bereiches eine Resolution verfaßt hätten, in der sie androhen, im Falle der Einstellung eines ehemaligen Angehörigen des MfS zu kündigen.

Im Zusammenhang mit der Auflösung des ANS richtete der Direktor des Bezirkshygieneinstitutes Halle, Dr. ■■■■■, ein Schreiben mit Arbeitsstellenangeboten an das Bezirksamt, in dem u. a. für 15 bis 20 jüngere Mitarbeiter (unter 40 Jahre) eine Einstellung als Hygieneinspektor in Aussicht gestellt wurde. In dem am 21. 12. 1989 erfolgten Kadergespräch eröffnete Dr. ■■■ gegenüber 8 Interessenten (ausscheidende Mitarbeiter mit FS- bzw. HS-Abschluß), daß er für ein zu errichtendes Konsultationszentrum in einem unter Denkmal-Schutz stehenden baufälligen Gebäude in der Großen-Klaus-Straße in Halle ca. 20 "Hilfs"-Handwerker benötige. Für die zu bewältigenden Aus- und Umbauarbeiten wären keine Bilanzen vorhanden, sodaß die Fertigstellung des Objektes mit entsprechenden Provisorien/Möglichkeiten erfolgen müßte (z. B. wird Zement benötigt, dann müßten dafür als Äquivalent Sonderschichten im Herstellerbetrieb gefahren werden; besteht Bedarf nach Brettern, dann müßte Holz geschlagen werden und deren Verarbeitung im Sägewerk organisiert werden usw.). Nach Errichtung des Konsultationszentrums würden für den verbleibenden Teil an Arbeitskräften in diesem Objekt auch Arbeitsplätze als Handwerker möglich sein.

Arbeitsaufträge zu den Dokumenten 18 und 19:

1. Erläutern Sie, mit welchen Schwierigkeiten das in Auflösung befindliche AfNS seit Mitte Dezember 1989 zu kämpfen hatte.
2. Erklären Sie, weshalb sich die Beschäftigten in Betrieben und öffentlichen Einrichtungen erst ab Dezember 1989 massiv gegen die Einstellung ehemaliger Stasi-Mitarbeiter wehrten.
3. Seit Dezember herrschte in vielen Familien von Stasi-Mitarbeitern die Angst vor Ausgrenzung, Verhaftung und sogar Lynchjustiz.
Erörtern Sie, was die ehemaligen Stasi-Mitarbeiter befürchteten. Waren diese Ängste real zu begründen?
Was für Ansichten und Vorstellungen der Stasi-Leute kamen dabei zum Vorschein?

Abt.	Abteilung; hier: beim → MfS eine selbstständige Diensteinheit oder eine Diensteinheit in den → HA und den → BV
Abt. K	hier: eine Abteilung der → VP; Abteilung Kriminalpolizei
Abt. M	Abteilung für Postkontrolle; Diensteinheit, die für die Kontrolle und Auswertung der Postsendungen sowie für die Führung des Schriftenspeichers und spezieller Adressdateien zuständig war
Abt. VIII	Abteilung für Beobachtungen und Ermittlungen in → BV; Diensteinheit, die für Beobachtungen, Ermittlungen, Durchsuchungen und Festnahmen sowie für die Sicherung und Kontrolle der Transitwege innerhalb eines Bezirkes zuständig war (sie hatte faktisch Polizeibefugnisse)
Abt. IX	Untersuchungsabteilung in → BV; Diensteinheit, die für die Bearbeitung von Untersuchungsvorgängen auf der Grundlage eingeleiteter Ermittlungsverfahren zuständig war (sie hatte die Befugnisse eines staatlichen Untersuchungsorgans)
Abt. XX	Abteilung in → BV zur Überwachung aller Bereiche des sog. Überbaus (u. a. Staatsapparat, Justizorgane, Gesundheitswesen, Volksbildung, Leistungssport, Kunst, Kultur, Medien, Jugend, Hochschulen, Kirchen, Massenorganisationen) sowie zur Aufdeckung und Bekämpfung „politischer Untergrundtätigkeit“ (PUT) und „politisch-ideologischer Diversion“ (PiD)
AfNS	Amt für Nationale Sicherheit (→ ANS)
AGL	Arbeitsgruppe des Leiters; Diensteinheit in → BV, die u. a. zuständig war für die Mobilmachung und für Schutzbauten (Bunker)
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe; Stabsorgan des Leiters in → BV und in → HA, zuständig für die analytische Aufbereitung der von anderen Abteilungen gewonnenen Informationen und für die Kontrolle der Umsetzung dienstlicher Bestimmungen
ANS	Amt für Nationale Sicherheit (→ AfNS)
AstA	Antragsteller auf (ständige) Ausreise aus der → DDR
Auskunfts- person	Personen, von denen das → MfS Auskünfte (z.B. über Nachbarn, Kollegen) einholte, die aber nicht wissentlich mit dem MfS zusammenarbeiteten; MfS-Mitarbeiter gaben sich gegenüber diesen Personen (oft) als Volkspolizisten aus (Gegensatz zu → Kontaktperson)
BAfNS	Bezirksamt für Nationale Sicherheit; bis Mitte November 1989 → BV genannt (→ BÄfNS)
BÄfNS	Bezirksämter für Nationale Sicherheit (→ BAfNS)
Bezirksein- satzleitung	Oberstes Führungsorgan im Bezirk zur Leitung der Verteidigungsmaßnahmen im Kriegsfall und in Krisensituationen. Der BEL gehörten u.a. die Chefs von Staatssicherheit, Polizei und Militär im Bezirk an. Vorsitzender war der Chef der SED-Bezirksleitung. Die BEL unterstand dem vom SED-Generalsekretär geführten Nationalen Verteidigungsrat, der die Mobilmachung anordnen und den Ausnahmezustand verhängen konnte.
BdL	Büro der Leitung/des Leiters; Diensteinheit im → MfS und den → BV, die den Innendienst organisierte (Dokumentenaufbewahrung, Kurierdienst, Besucherdienst u. a.)
BDP	Bezirksdirektion bzw. Bezirksverwaltung der Deutschen Post in der → DDR

BdVP	Bezirksbehörde der deutschen Volkspolizei (vgl. → DVP)
BKK	Braunkohlenkombinat; Zusammenschluss von → VEB im Braunkohlebergbau
BV	hier: Bezirksverwaltung für Staatssicherheit (→ BAFNS)
CDU	Christlich Demokratische Union; eine der sogenannten Blockparteien in der → DDR
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DLK	Dienstleistungskombinat; Zusammenschluss handwerklicher Gewerke (ehemaliger Handwerksbetriebe) für hauswirtschaftliche Dienstleistungen auf Bezirksebene
DVP	Deutsche Volkspolizei; offizielle Bezeichnung der Polizei in der → DDR (vgl. → VP)
EV	Ermittlungsverfahren; erster Abschnitt eines Strafverfahrens; politische Strafverfahren wurden in der DDR vom → MfS unter Hinzuziehung der Staatsanwaltschaft bearbeitet (→ OV)
FS-Abschluss	hier: Fachschulabschluss
Gen	Genosse
GKS	hier: Geheime Kommandosache; höchste Geheimhaltungsstufe in der → DDR (→ VVS, GVS)
GMD	Generalmusikdirektor
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit; unterschied sich vom → IM dadurch, dass es sich um einen „Bürger der DDR mit einer auch öffentlich bekannten staatsbewussten Einstellung“ handelte, der mit dem MfS zusammenarbeitete
GVS	Geheime Verschlussache; zweithöchste Geheimhaltungsstufe in der → DDR (→ VVS, GKS)
HA	Hauptabteilung; hier: selbstständige Dienst Einheit im → MfS
HA VII	Hauptabteilung zur Überwachung des Innenministeriums und der → DVP; zum Tätigkeitsfeld gehörten auch die → Kampfgruppen und die „Verwaltung Strafvollzug“
HO	hier: (staatliche) Handelsorganisation in der → DDR
Hptm	Hauptmann
HS-Abschluss	hier: Hochschulabschluss
IM	Inoffizieller Mitarbeiter des → MfS (Spitzel)
IMB	IM, der unmittelbar an der „Bearbeitung und Entlarvung im Verdacht der Feindtätigkeit stehender Personen“ mitarbeitete
IME	IM für einen besonderen Einsatz
IM-Vorlauf	Erfassungsart (Akte) des → MfS für einen zukünftigen → IM (IM-Kandidat)
Kaderabteilung	Bezeichnung in der → DDR für die Personalabteilung

KAfNS	Kreisamt die Nationale Sicherheit; bis Mitte November 1989 → KD genannt
KÄfNS	Kreisämter für Nationale Sicherheit (→ KAfNS)
KD	hier: Kreisdienststelle des → MfS
KG	hier: Kampfgruppen; offizielle Bezeichnung: Kampfgruppen der Arbeiterklasse; paramilitärische Verbände unter direkter Führung der → SED (Parteimiliz); sie bestanden aus Arbeitern, Angestellten und Genossenschaftsbauern, die vom SED-Regime überzeugt waren (hauptsächlich SED-Mitglieder); ihre militärische Ausbildung erfolgte nach Dienstschluss in der Freizeit
Kolln	Kollegen
Kontakt-Person (KP)	Personen, die heimlich Kontakt mit dem MfS hielten und Auskünfte über Nachbarn, Kollegen usw. lieferten; nach einer gewissen Zeit wurden die KP zumeist als → IM verpflichtet
Linie VIII	MfS und → BV waren nach dem Linienprinzip aufgebaut, d. h. eine Hauptabteilung im Ministerium entsprach einer Abteilung in den → BV (→ Abt. VIII)
LKW	Lastkraftwagen
LTH	Landestheater Halle (Saale)
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MPF	Ministerium für Post- und Fernmeldewesen in der → DDR
MLU	Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
OD	Objektdienststelle; Dienststelle des → MfS zur Sicherung wichtiger Betriebe und Hochschulen (u. a. vor Wirtschaftsspionage), sie besaß den Status einer Kreisdienststelle (→ KD)
Oltn	Oberleutnant
Operationsgebiet	Bezeichnung für den Handlungsraum des → MfS im westlichen Ausland, hauptsächlich in NATO-Staaten
OPK	Operative Personenkontrolle; geheimer Vorgang des → MfS, zur Aufklärung und Überwachung von Personen, die dem → MfS verdächtig waren
Osl	Oberstleutnant
OSV	Ordnungsstrafverfahren; Verfahren zur Ahndung von Ordnungswidrigkeiten durch die → VP
OV	Operativer Vorgang; geheimes → EV des → MfS gegen Personen wegen des Verdachts einer strafbaren (meist politischen) Handlung
Pfr	Pfarrer
Pkw	Personenkraftwagen
PZF	Postzollfahndung; der für die Paketkontrolle zuständige Bereich im → MfS; seit 1984 als Referat 4 der Abteilung M angegliedert (→ Abt. M)

SC Dynamo	Sportclub Dynamo; Leistungssportvereine innerhalb der Sportvereinigung „Dynamo“, der Sportorganisation der DDR-Sicherheitsorgane (→ MfS, → VP und Zollverwaltung), verwaltet vom „Büro der zentralen Leitung“ beim → MfS; Vorsitzender der Sportvereinigung war der Minister für Staatssicherheit Erich Mielke
SDP	Sozialdemokratische Partei; eine im Herbst 1989 gegründete Oppositionspartei in der → DDR; im September 1990 mit der SPD vereinigt
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands; die alleinregierende Staatspartei in der → DDR
SMH	Schnelle Medizinische Hilfe; ärztlicher Notdienst in der → DDR
Sup	Superintendent; leitender Geistlicher in der evangelischen Kirche
VEB	Volkseigener Betrieb; Bezeichnung für alle Staatsbetriebe in der → DDR
VP	Volkspolizei (vgl. → DVP)
VPKA	Volkspolizeikreisamt
VVS	vertrauliche Verschlusssache; Geheimhaltungsstufe in der → DDR (→ GVS, GKS)
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe; selbstständige Dienst Einheit im → MfS, die für das Erfassen, Auswerten und Analysieren aller Informationen inklusive der Meldungen westlicher Massenmedien zuständig war; ihr unterstanden u. a. die Karteien und Magazine des MfS; zum Tätigkeitsfeld der Dienst Einheit gehörte weiterhin die Öffentlichkeits- und Traditionsarbeit
ZOS	Zentraler Operativstab; selbstständige Dienst Einheit im → MfS zur Planung und Absicherung zentraler Veranstaltungen in der → DDR
ZZA	Zurzeit abwesend; Abkürzung in der → DDR für Bürgerinnen und Bürger, die sich längere Zeit nicht am Wohnort aufhielten (z. B. Auslands- oder Krankenhausaufenthalt) und dadurch nicht an Wahlen teilnehmen konnten